



Deutsche Polizei

Nr. 2 Februar 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



ARMUT – BILDUNG – KRIMINALITÄT

In dieser Ausgabe:

Arbeitszeitverordnung:
GdP: 41 Stunden sind zu viel!

Rechtsextremismus:
Gefahren aus Rechter Szene nicht aus dem Blickfeld verlieren

GdP-Übersicht:
Wer ist wo und wie zu finden?

Terrorismus:
Und morgen die ganze Welt – der Masterplan der Djihaad-Terroristen

Seniorenjournal:
Solidarität zwischen den Generationen

EuroCOP:
Bulgarische Polizei vor großen Herausforderungen

2	KURZ BERICHTET	TERROR	20
4	KOMMENTAR <i>Die Welt zu Gast bei armen Verwandten</i>	<i>Und morgen die ganze Welt – Der Masterplan der Jihad-Terroristen</i>	
4/5	FORUM	DIGITALFUNK	22
6	TITEL/ARMUT- BILDUNG-KRIMINALITÄT <i>Ohne Geld und Bildung eher kriminell?</i>	<i>Österreich ist voll im Zeitplan</i>	
12	<i>Im toten Winkel des Sozialstaats</i>	EURO COP	23
12	ARBEITSLOSIGKEIT <i>In der Abwärtsspirale – Private Folgen von Arbeitslosigkeit</i>	<i>Bulgarische Polizei vor großen Herausforderungen</i>	
15	RECHTSEXTREMISMUS <i>Gefahren aus Rechter Szene nicht aus dem Blickfeld verlieren</i>	WSI-FRAUENDATEN- REPORT	25
16	ARBEITSZEIT- VERORDNUNG (BUND) <i>GdP: 41-Stunden sind zu viel!</i>	<i>Frauen bei Bildung vorn – Kluft bei Einkommen und Arbeitszeit</i>	
17	RECHT <i>Urteile</i>	SPORT	27
18/19	DIE GdP <i>Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?</i>	<i>Nikolaus-Crosslauf der Berliner Polizei gerettet</i>	
		PREISAUSSCHREIBEN	28
		<i>„Lichtblicke“</i>	
		SENIORENJOURNAL	30
		BÜCHER	32



Deutsche
Polizei

Titelbild: Fotos ddp
Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
183.527 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 2 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

NORDRHEIN-WESTFALEN:

Demo gegen Wolfs sieben Geißeln

Eine grüne Karawane zog durch die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf: Rund 2.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land gingen am Drei-Königs-Tag, 6. Januar, auf die Straße, um gegen die „sieben Geißeln“ des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Wolf (FDP) zu demonstrieren. Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender: „Die Regierung Rüttgers will gemeinsam mit Innenminister Dr. Wolf und Finanzminister Dr. Linssen noch mehr Personal in der Polizei abbauen, weitere finanzielle Einschnitte in das soziale Netz vornehmen, sinn- und konzeptionslose Umorganisirungen vornehmen und die Mitbestimmungsrechte in der Polizei beschneiden. Das sind die Geschenke unserer drei Könige in NRW.“

Richter warf den Politikern Wahlbetrug vor: „Rund 1.400

Stellen sollen in der laufenden Legislaturperiode gestrichen werden. Das bedeutet eine Kahl-schlagpolitik für die Innere Sicherheit!“ Der GdP-Vorsitzende kündigte weiteren Widerstand an: „Unsere Demonstration am Drei-Königs-Tag ist nur der Auftakt zu weiteren Aktionen.“

Biz

Dr. Wolfs sieben Geißeln:

- Zerschlagung der Wasserschutzpolizei und
- der Autobahnpolizei,
- Auflösung des Polizeipräsidiums Leverkusen,
- des Polizeipräsidiums Mülheim und
- der Polizeidezernate bei den Bezirksregierungen,
- Zersplitterung der Binnenorganisation der Polizei,
- Wegbrechen der Mitbestimmungsrechte.

GDP ZU SCHÄUBLE-PLÄNEN:

Kein Einsatz von Wehrpflichtigen für Polizeiaufgaben bei der WM 2006

„Der Schutz der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland ist keine militärische Aufgabe, sondern Aufgabe der Polizei, stellte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg klar, nachdem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble entsprechende Vorstellungen verlauten ließ. Der Hintergrund sei klar, so Freiberg: Nachdem die Innenminister allein von 1998 bis 2004 rund 7.000 Stellen bei der Polizei gestrichen hätten und für die nächsten Jahre ein weiterer Abbau von 7.500 Stellen geplant sei, merke man nun, dass die personellen Kürzungen zu verheerenden Ergebnissen führen.“

Schon ohne die personalintensiven Sicherheitskonzepte für die

WM 2006 fehlten Polizeibeamte für die notwendige Überwachung der so genannten Gefährder aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus. „Jetzt rächt sich der personelle Kahlschlag bei den Polizeien der Länder“, sagte Freiberg. „Was wir brauchen, ist eine Beendigung der Personalkürzungen bei der Polizei und nicht eine Grundgesetzänderung, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht. Die Bundeswehr darf nicht zur Hilfspolizei degradiert werden. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie bei der WM 2006 für Objektschutzaufgaben eingesetzte Wehrpflichtige Ziel von Hooligan-Attacken werden und sich verteidigen müssen.“

red

FRAUENGRUPPE (BUND):

Neue Erkenntnisse auf internationaler Konferenz gegen Frauenhandel

Neue Fakten und interessante Einschätzungen sammelten Kolleginnen der AG „Menschenhandel“ der GdP-Frauengruppe (Bund) auf der internationalen Konferenz gegen Frauenhandel, die im Dezember 2005 gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und ver.di in Berlin veranstaltet wurde. Was die Boulevardpresse in einen Topf wirft: „Prostitution=Frauenhandel=Zwangsprostitution“, wurde dort differenziert, parteilich aus Sicht der Betroffenen sowie unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer europäischer Länder diskutiert und ad absurdum geführt.

Zwei Erkenntnisse waren von besonderer Bedeutung:

- Im Kampf gegen Zwangs-

prostitution muss deutlich werden, dass es dabei nicht um einen Feldzug gegen die in Deutschland durch das Prostitutionsgesetz vom 1.1.2002 legalisierten Formen der Prostitution handelt.

• Auch nach Einschätzung der Polizei hat sich das Prostitutionsgesetz bewährt und befördert – richtig angewandt und genutzt – keineswegs den Frauenhandel oder kriminelle Strukturen im „Milieu“.

Für die AG „Menschenhandel“ der GdP-Frauengruppe (Bund) wird das Thema aktuell bleiben. – Auch, weil sie das Vorhaben der Bundesregierung, das Prostitutionsgesetz zu evaluieren und möglicherweise zu novellieren, kritisch begleiten wird.

Sandra Temmen



Rund 2.000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am Drei-Königs-Tag gegen die „sieben Geißeln“ des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Wolf (FDP).
Foto: Woinek

BUNDESPOLIZEI:

Hier gibt es keine Ordnungsdefizite

„Wenn durch die im Spiegel 3/2006 dargestellten Aktivitäten des Bundesministeriums des Innern zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Bundespo-

lizei der Eindruck entstanden sein sollte, die Bundespolizei habe ein Ordnungsdefizit, so ist das falsch und ärgerlich.

Richtig ist, dass die Bundespo-

lizei bei der Durchführung ihrer Aufgaben im In- und Ausland exakt, kompetent und mit einem ordentlichen äußerem Erscheinungsbild auftritt, so Josef Scheuring (52) Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei.

„Die Bundespolizei hat – auch mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft – keinerlei Ordnungsdefizite. Wir haben aber

offensichtlich ein Problem mit zuviel Bürokratie und Überregulierung. Ich hoffe, dass der von der schwarz-roten Bundesregierung eingeleitete Bürokratieabbau auch dazu führt, dass sich ein Bundesministerium nicht mehr mit der Haarlänge und dem Bartwuchs beschäftigt. Dafür gibt es in den Dienststellen vor Ort schon kompetente Führungskräfte genug“, so Scheuring.

jsch

HAMBURG: Teile der Polizei funken zur WM 2006 digital

Nach erfolgter Ausschreibung der Behörde für Inneres der Hansestadt Hamburg werden zur Fußballweltmeisterschaft 2006 T-Systems, R&S Bick Mobilfunk und Motorola den abhörsicheren

Digitalfunk TETRA nach Hamburg bringen. Zum Auftrag gehört die TETRA-Versorgung der Regionen um das WM-Stadion, des Hauptbahnhofs sowie der Polizeipräsidien in Alsterdorf und St.

Pauli. Dafür werden vier Basisstationen und rund 200 digitale Endgeräte für den Zeitraum März bis Juli 2006 angemietet. Grundsätzlich erfolgen die Einsätze zur WM 2006 mit Unterstützung

durch analoge Funktechnik. Die zusätzlichen taktischen Möglichkeiten des digitalen Netzes sollen durch Führungskräfte von Polizei und Feuerwehr genutzt werden.

HMue

PFA: Gründungsphase zur Deutschen Hochschule der Polizei beginnt im Frühjahr



Deutsche Hochschule der Polizei

Die Weiterentwicklung der Polizei-Führungsakademie (PFA) zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) wird immer konkreter: Bereits im Januar 2005 hatte das notwendige Gesetz den nordrhein-westfälischen Landtag passiert. Nachdem die Innen-

ministerin des Saarlandes und ihre Kollegen von Bund und Ländern mit ihren Unterschriften aktuell die Änderung des erforderlichen Bund-/Länderabkommens besiegelt haben, wird die Gründungsphase der im Frühjahr 2006 eingeleitet. Mit Beginn des Wintersemesters

2007/2008 im Oktober 2007 bietet die Hochschule für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte aus dem gehobenen Polizeivollzugsdienst den Master-Studiengang „Public Administration – Police Management“ an.

Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Design der

Fachhochschule Münster entwickelten auf der Grundlage des Leitbildes und von Kernwerten Vorschläge für das neue Logo der DHPol. Nebenstehendes wurde ausgewählt. Es wird mit Beginn der Gründungsphase das bisherige Logo ersetzen

N. R.

LEITBILD DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE DER POLIZEI

1. Wir sind die Hochschule für die Führungskräfte der Polizei und das wichtigste Forum zur Diskussion polizeilicher Fragen zwischen Wissenschaft und Praxis in Deutschland.

2. Wir wirken maßgeblich mit an der systematischen Entwicklung der Polizei-

wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium und geben so Impulse zur Verbesserung polizeilicher Arbeit.

3. Durch die enge Verzahnung von Praxis und Theorie ermöglichen wir eine umfassende Qualifikation und Handlungskompetenz der Führungskräfte.

4. Wir stehen für eine welt-offene, wertegebundene Polizei, die sich ihrer Ver-

antwortung im demokratischen Rechtsstaat, für Freiheit, Sicherheit und inneren Frieden bewusst ist.

5. Wir kooperieren partnerschaftlich mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen der Region, des In- und Auslandes und fördern nachdrücklich ein gemeinsames europäisches Polizeiverständnis.

6. Wir verstehen uns als

Team, leben Qualitätskultur und entwickeln uns und unsere Hochschule kontinuierlich weiter mit dem Ziel eines Spitzenniveaus in Lehre, Studium, Forschung und Dienstleistung.

KERNWERTE DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE DER POLIZEI:

richtungweisend, weltoffen, integrativ, wertebewusst

KOMMENTAR

Die Welt zu Gast bei armen Verwandten

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 ist schon jetzt eine Veranstaltung der Superlative. Erwartet werden bis zu 15.000 Medienvertreter, 1.600 Personen in offiziellen Delegationen, insgesamt 190.000 zu akkreditierende Personen, 3,2 Millionen Zuschauer, davon rund eine Million ausländische Gäste. Von



der Höhe der Preise für die 3,5 Millionen Tickets zu den 64 Spielen und den Eintrittskarten zu besonderen Events ganz zu schweigen. Ebenfalls rekordverdächtig ist die Belastung, die auf die Polizei zur Fußballweltmeisterschaft zukommt. Einsätze rund um die WM-Stadien, der Schutz der 32 Mannschaften in ihren Trainingsquartieren und die Sicherheitsmaßnahmen für die große Zahl der zu erwartenden Staatsgäste stehen an. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Polizei werden von Tag zu Tag deutlicher. Bei der Firma, die das TV-Signal vergibt, mit dem eine Live-

Übertragung auf große Plätze möglich ist, sollen rund eine Million Anträge eingegangen sein. Heute schon geht die Polizei von rund 200 Großveranstaltungen des „Public-Viewing“ bundesweit aus. An vielen dieser Plätze wird mit Zuschauerzahlen gerechnet, die jeweils in die viele Zehntausende gehen. Die Unzahl kleinerer Veranstaltungen und „Fan-Meilen“ in den zahllosen Kneipenvierteln der Städte nicht mitgezählt. Tausende von erwarteten Fans aus dem In- und Ausland haben zudem offenbar keinen Plan, wo sie ihr müdes Haupt hinlegen, so dass die Organisatoren vorsichtshalber an riesige Zeltstädte als Übernachtungsmöglichkeiten denken. Einerseits wurden durch technische Voraussetzungen, Zugangskontrollen, Ordnungsdienste und vieles andere mehr, gut gesicherte Stadien geschaffen. Andererseits treffen die Fan-Gruppen nur wenige Kilometer entfernt völlig ungehindert und unkontrolliert vor einer Großbildleinwand aufeinander. Allein aus England werden pro Spiel der englischen Mannschaft rund 25.000 Fußball-Fans ohne Eintrittskarten erwartet. Mit großer Spannung sehen die Szene-Kenner auch dem Eintreffen polnischer „Fans“ entgegen. Ein buntes Völkchen aus der Türsteh- und rechtsradikalen Szene hat sich in erstaunlich kurzer Zeit in die Oberliga europäischer Hooligans geprügelt. Auf den Straßen und Plätzen in Deutschland dürfte sich dann alles das abspielen, was die Organisatoren der WM in den Stadion glauben, ausgeschlossen zu haben: Das Aufeinandertreffen rivalisierender Fan-Gruppen, Alkohol bis zum Abwinken, Teilnahme am Fußball-

geschehen auch für die, die keine Tickets besitzen oder Stadionverbot haben. Auf entsprechende Journalistenfragen, wie sie die sich daraus ergebenden Probleme denn in den Griff bekommen wollen, verwiesen die Innenminister auf ihrer jüngsten Zusammenkunft beruhigend auf die „örtlichen Konzepte der Polizei.“ Die Polizei kann auch ohne Weltmeisterschaft im Fußballalltag mit beeindruckenden Zahlen aufwarten. Zum Beispiel bei den 788 Spielen in der Saison 2003/2004 leistete sie 720.800 Arbeitsstunden. In der bundesweiten Datei „Gewalttäter Sport“ sind 6.774 Personen erfasst, bis September 2005 gab es 2.300 Stadionverbote. Und da wir schon einmal bei der Statistik sind: Rund 7.000 Stellen sind bei der Polizei in den vergangenen Jahren gestrichen worden, tausende werden in den nächsten Jahren dem Rotstift zum Opfer fallen, wie es die Pläne der Bundesländer vorsehen. Auch die Einkommensverluste der Polizeibeschäftigten durch eine nicht abreißende Serie von Sparmaßnahmen erreichen Rekordmarken, ebenso wie die regulären Arbeitszeiten – von den Millionen von Überstunden einmal abgesehen, die die Polizei vor sich herschiebt, denn Fußball, mit oder ohne WM, ist nur ein Teil der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Und noch ein Superlativ: Die deutsche Polizei verfügt über die älteste Kommunikationstechnik in Europa. Die Offiziellen des Fußballsports rüsten zu einer Supergala und die Politik hofft, dass ein Teil des Glanzes auf sie abstrahlt. Sie wünscht sich „die Welt zu Gast bei Freunden“, dabei ist es, bei näherem Hinsehen, eher ein Besuch bei „armen“ Verwandten.

Zu: Getroffen, DP 12/05

Ich habe den Artikel mit mehr als dem normalen Interesse gelesen. Der Artikel gibt ein beklemmendes Bild der Umstände, unter denen sich der tragische Vorfall (Anm.: tödliche Schüsse auf die Polizisten in Enschede am 30.9.04) abgespielt hat. Ganz besonders berührt, was der Kollege Fledderus durchgemacht hat und noch weiter durchmachen muss. Der Schusswechsel hat eine große Kerbe in seinem Leben hinterlassen.

Mit Hilfe seiner Familie, Freunden und Kollegen muss er nun lernen, mit den Erlebnissen umzugehen.

Gleichzeitig lässt es uns alle bei der Polizei still stehen, nicht nur in den Niederlanden – ja auch in Deutschland, da uns das auch passieren kann. Grund genug, um wachsam zu sein und zu bleiben.

Jan Willem van de Pol, Vorstand der Niederländischen Politiebond-Partnergewerkschaft der GdP in den NL

Zu: Stress im Dienst, DP 1/06

Mit Begeisterung habe ich den Artikel „Stress im Dienst“ gelesen. Unser kleines Team ist zuständig für die Personalbetreuung, -beratung und verhaltensorientierte Fortbildung beim Polizeipräsidenten in Köln. Mit dem Artikel trifft Dr. Esser genau ins Schwarze. Im Land NRW gibt es bereits seit den 80er Jahren klassische Stressbewältigungstrainings. Die wurden von Kolleginnen und Kollegen meiner Einschätzung nach immer gern besucht. Zum einen waren und sind sie hilfreich persönlichem Stress professionell zu begegnen; zum anderen war und ist das Erlernen und Trainieren von Stressbewältigungsmethoden langfristig geeignet, beruflichen Anforderungen gesund und leistungsfähig Stand zu halten. Dr. Esser erläutert die Hintergründe dazu in leicht verständlicher Form..

Darüber hinaus, und das begeistert uns hier besonders, bleibt er dabei nicht nur bei den üblichen Stressbewältigungsansätzen, sondern liefert klare Begründungen

für die Inanspruchnahme anderer „Hilfsmittel“ wie Sozialberatung, Coaching, Gruppen- und Teamsupervision, Meditation (Konfliktvermittlung durch unbeteiligte Dritte), „Work-Life-Balance-Seminare, Kulturworkshops für Führungskräfte ... Gezielt geht der Autor hier das Thema Führungsverantwortung/-kultur an.

Die dargestellten „Maßnahmen zur Stresseindämmung“ faszinieren uns. Es ist, als hätte Dr. Esser die derzeitige Aufgabenbeschreibung unseres Sachgebietes vorgenommen.

So haben Sie uns mit diesem Artikel eine Menge Arbeit erspart. Wir würden diesen Artikel gern in

unser Intranet einstellen. Wenn Kollegen künftig nach Hintergründen fragen, haben wir u.a. hier eine schnelle, fundierte Quelle.

Georg Hennig, PP Köln

Zu: Preisausschreiben „Lichtblicke“, DP 1/06

Eure Aktion ist finde ich sinnvoll und originell.

In der Regel sind Polizeibeamte keine seelenlosen Marionetten der Politik, sondern Menschen mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn.

Auch einem zur Neutralität verpflichteten Staatsdieners sind

Empfindungen wie z. B. Mitgefühl, Trauer und Freude nicht fremd. Bedauerlicherweise sehen viele Bürger in uns eben nicht primär den „Freund und Helfer“.

Ich kann mir vorstellen, dass in Eurer Redaktion viele Schilderungen eingehen, die den Polizeibeamten als „empfindsames Wesen“ MENSCH zeigen.

Michael Birkhan, Bremen

Zu: Neue Uniformen

Meine Meinung zur neuen Uniform: Ich halte gar nichts davon. Nach langen Streitereien war es vor etlichen Jahren gelungen, bundeseinheitliche Uniformen für Deutschland einzuführen. Vorher waren die verschiedenen Uniformen der Bundesländer zumindest für Ausländer verwirrend. Dass nun einige Bundesländer aus dieser Einheit ausscheren und andere Bundesländer nahezu nötigen, ebenfalls die Uniform zu wechseln, obwohl sie kein Geld dafür haben, finde ich nicht in Ordnung. Dazu kommt noch, dass die blaue Farbe schmutzempfindlicher ist und in der Dunkelheit schlechter gesehen

wird. Zu dem Argument: „In anderen europäischen Ländern trägt die Polizei auch blau“, frage ich: Muss man alles nachmachen, obwohl es Nachteile bringt?

Helmut Burgmann, Hürth

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Hinweis für die Drogenfahndung?

Fotografiert von Werner Brandl in München



Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de

SENIOREN

Gemeinsam reisen, viel erleben

6. Bundesseniorenfahrt an die türkische Ägäis 4.9. - 18.9.2006

Da viele Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr die türkische Gastfreundschaft als überdurchschnittlich empfunden haben, führt uns die 6. Bundesseniorenfahrt – wie bereits in DP 12/06 ausführlich angekündigt, erneut in die Türkei.

- Animations- und Unterhaltungsprogramm
- u. a. zwei Tennis-Hartplätze, Sauna, Minigolf
- ein typisch türkisches Frühstück im Inland inkl. Transfer
- deutschsprachige Reiseleitung
- GdP-Reisebegleitung
- GdP-Vorträge
- Reisepreissicherungsschein

Reisepreis pro Person im Bungalow-Doppelzimmer ab 999,- EUR Einzelbelegungszuschlag 250,- EUR



Mit der GdP an die türkische Ägäis – das Hotel Marmaris Palace ****

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Deutschland
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- 14 Übernachtungen im Hotel Marmaris Palace****, Marmaris-Icmeler
- Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform
- nachmittags Kaffee/Tee und Gebäck
- Snacks und Mitternachtssnack
- unbegrenzte lokale Getränke (10:00 – 02:00 Uhr)

Gewerkschaft der Polizei
6. Bundesseniorenfahrt
Forststraße 3a
40721 Hilden

Bitte senden sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Türkeireise an:

Name/Vorname: _____
Straße: _____
Ort: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____

Ohne Geld und Bildung eher kriminell?

Über die Schwierigkeiten des ursächlichen Zusammenhangs von Bildung, Armut und kriminellem Verhalten

Das Ende des Wohlfahrtsstaates und die seither zu beobachtenden gesellschaftsverändernden Trends sind auch für die Kriminologie ein vieldiskutierter Gegenstand. Eine dieser neueren Entwicklungen besteht im Ruf nach der Eigenverantwortung, die dem Staat die Möglichkeit gibt, sich immer mehr zurückziehen und die Kosten für Gesundheitswesen, Bildung, Sozialfürsorge etc. dem einzelnen Bürger zu übertragen. Dieser muss nun selbst zusehen, dass er für sich entsprechende Vorsorgemaßnahmen trifft oder aber die Konsequenzen aus mangelnder Vorsorge selber trägt.

Argumentiert wird zum einen damit, dass man die Faulheit der Menschen nicht mehr länger finanzieren wolle – „soziale Hängematten“ sind nicht mehr erwünscht, „Sozialdetektive“ haben Konjunktur. Zum anderen könne man diese überfürsorglichen Systeme auch gar nicht mehr finanzieren.

Ein Urteil ist schnell gefällt: Wer arm ist, kann sich immer weniger Bildung leisten, Sitten und Moral verfallen und dann gleiten viele in die Kriminalität ab. Oder anders herum, wer nicht in Bildung investiert, hat am Arbeitsmarkt kaum Chancen, verarmt und gleitet dann in die Kriminalität ab.

Was ist dran an diesem Bild? Wo müsste Prävention beginnen, um einen möglichen Kreislauf zwischen Armut, Bildung und Kriminalität zu durchbrechen? Haben Präventionsbeamtinnen und -beamte Möglichkeiten sich einzuschalten?

Dr. Bettina Paul, vom Institut für Kriminologische Sozialforschung betrachtet im Folgenden Ergebnisse jüngster Forschungen.

Reich, im Einklang mit einer Verringerung der Zugangschancen für finanziell schwächer gestellte Personen – sei dies der Zugang zur (Aus-) Bildung, Arbeit, Gesundheit oder Freizeit. Alle diese Lebensbereiche sind aufein-

aus. Diese Gruppen bewegen sich in einer Spirale, aus der sie bei fortschreitenden Konzepten, die auf die alte Formel des „jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ zurückgreifen, immer weniger Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg haben.

Über (nicht nur kriminologische) Legenden

In den USA sind derartige Entwicklungen nichts Neues. Dort konnte man in den 1990ern die Hard-Core-Version der Begründungszusammenhänge für die

„ Der Anteil der sozialhilfebedürftigen Kinder (unter 15 Jahren) steigt in Deutschland kontinuierlich und liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für 2004 bei 965.000, was einer Quote von 8,1 % ausmacht. “

Eine andere für die Kriminologie relevante Entwicklung gilt als neue Allerweltsweisheit; danach wird Kriminalität heute als die Konsequenz der freien Willensentscheidung angesehen, die entsprechend geahndet werden kann und muss. Härte ist angesagt, da die Straftäter es sich selbst so ausgesucht haben. Die zweite Ebene der Selbstverschuldungsprämisse also.

Diese Entwicklung fördert die zunehmende Kluft von Arm und

ander angewiesen. Fliegt man aus einem raus, zieht das Konsequenzen der Ausgrenzung aus den anderen nach sich. Und obwohl gerade ältere Arbeitnehmer – sofern sie einmal ihren Job verlieren – ohne weitere Aussichten dastehen, treffen doch gerade die jüngeren Generationen die Konsequenzen am härtesten: Der Anteil der sozialhilfebedürftigen Kinder (unter 15 Jah-



Kontrolle in Frankfurt/Main – Rauschmittel gegen den chancenlosen Alltag? Fotos ddp

ren) steigt in Deutschland kontinuierlich und liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für 2004 bei 965.000, was einer Quote von 8,1 % ausmacht.

Bei den Jugendlichen und Heranwachsenden sieht es ähnlich

Eigenverantwortlichkeitsmaxime vernehmen. Die US-amerikanische Politik zog die Verbindung zwischen Armut, mangelnder Bildung und kriminellem Verhalten, indem auf den Moral- und Sittenverfall der armen Bevölkerungsschichten gezeigt

wurde, der die Ursache allen Übels sei. Allein erziehende Mütter mussten als Paradebeispiel dienen für die Legitimierung der Einschnitte in das Sozialsystem; keine staatliche Förderung der unmoralischen und in Kriminalität endenden Lebensstile (hauptsächlich wurde Drogenkonsum angeführt), keine Verwöhnung mehr der arbeitsscheuen Schichten, so hieß es. Kriminologen fütterten diese politischen Forderungen zudem mit Studien zu Zusammenhängen von Herkunft und Intelligenz.

Nun, solche Diskussionen sieht man bei uns glücklicherweise nicht. Der Zusammenhang von Armut, mangelnder Bildung und Kriminalität als einem einfachen Ursache-Wirkungs-Schema gilt aber auch in Deutschland als etabliert. Vor allem der Blick auf die Jugenddelinquenz unterstreicht dies, da zwar junge Menschen aus allen Schichten straffällig werden, aber jene, die in der Kriminalstatistik als Mehrfachtäter auftauchen (z. T. mit schweren Straftaten) zumeist gravierende Benachteiligungen in den Bereichen Schule, Ausbildung und Arbeit nachweisen.

Besonders extrem ist dies bei den jungen Leuten nichtdeutscher Herkunft.

Nicht zuletzt haben die meisten Jugendlichen, die sich im deutschen Strafvollzug befinden, weder jemals eine Ausbildung noch einen Berufsabschluss absolviert. Exemplarisch sei Baden-Württemberg angeführt, dessen Justizministerium für das Jahr 2004 angibt, dass nur etwa 50 % der Jugendlichen zum Zeitpunkt ihrer Inhaftierung über einen Hauptschulabschluss verfügten und nur etwa 10 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Erklärungsversuche für das Zustandekommen von kriminellem Verhalten richten sich vor

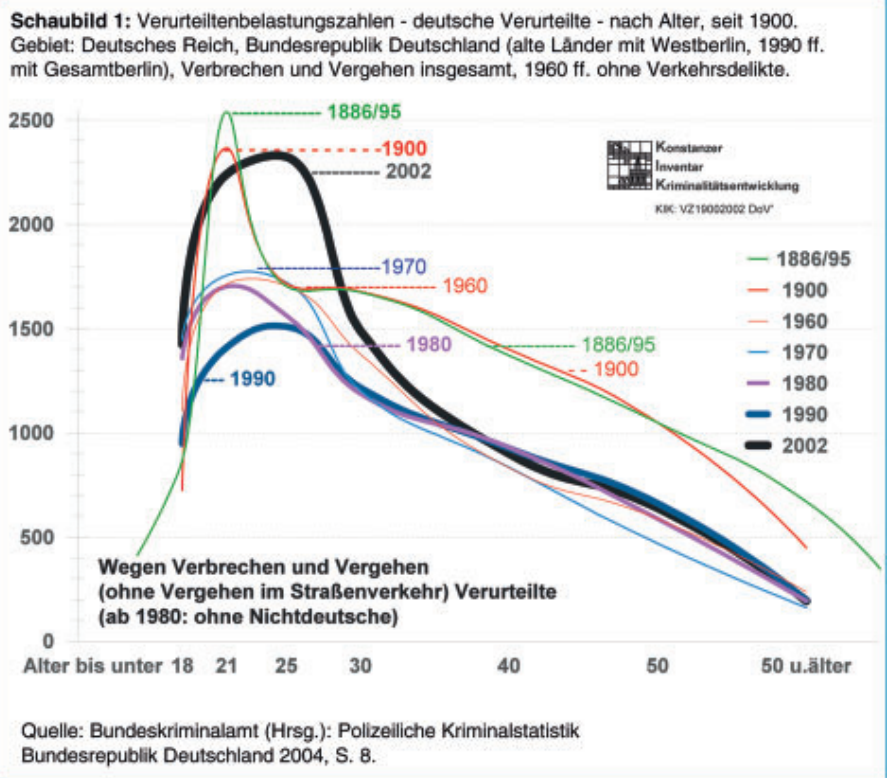
allem auf das gesetzwidrige Handeln junger Menschen, da sie am stärksten in der Statistik auftauchen. Dass dies ein uraltes Phänomen ist, zeigt eindrucksvoll ein Längsschnitt der Verurteiltenbelastungszahlen (s. Schaubild 1).

Trotz der Erkenntnis, dass gesetzwidrige Handlungen in jungen Jahren ubiquitär und episodenhaft sind, dass heißt alltäglich, gleich verbreitet und in der Regel nicht von Dauer sind, sucht die Kriminologie weiter nach Erklärungen für dieses Verhalten. Mit dem Blick auf diese meist auftretende Altersgruppe bietet sie nun vielfältige Erklärungen dafür, warum der Schulabbrecher eher Verhalten an den Tag legt, dass ihm den Weg zum Jugendstrafvollzug einbringt als der Abiturient.

Die geläufigste Erklärung geht davon aus, dass alle Jugendlichen und Heranwachsenden die gleichen Konsumwünsche verspüren, aber nicht alle dieselben Mittel haben, um eben diese Bedürfnisse auch befriedigen zu können. Neben materiellen Zielen gehört auch so etwas wie Status, ein respektierter Beruf u. v. a. gesellschaftlich als erstrebenswerte Ziele dazu, die die einen mit legitimen Mitteln und die die anderen nur mit illegitimen Mitteln erreichen können.

„Die US-amerikanische Politik zog die Verbindung zwischen Armut, mangelnder Bildung und kriminellem Verhalten, indem auf den Moral- und Sittenverfall der armen Bevölkerungsschichten gezeigt wurde, der die Ursache allen Übels sei.“

wünsche verspüren, aber nicht alle dieselben Mittel haben, um eben diese Bedürfnisse auch befriedigen zu können. Neben materiellen Zielen gehört auch so etwas wie Status, ein respektierter Beruf u. v. a. gesellschaftlich als erstrebenswerte Ziele dazu, die die einen mit legitimen Mitteln und die die anderen nur mit illegitimen Mitteln erreichen können.



Speziell zur Thematik der Gewaltdelinquenz, wird in diesem Ansatz Gewalt als ein illegitimes Mittel gesehen. Andere Theorien versuchen den Einsatz von Gewalt als ein Lösungsmittel zu erklären, das vermehrt in einkommensschwachen Milieus auftritt und womit Kinder bereits aufwachsen. Sie lernen danach gar keine anderen Konfliktlösungswege kennen.

Migrationsspezifische Erklärungsansätze sehen die fehlenden kulturellen Kompetenzen der Elterngeneration als Ursache für eine hohe Frustration junger Migranten, die sich in illegalen Aktivitäten entlädt. Ihre fehlende Integration wird zudem in dem Scheitern u. a. von Kindertageseinrichtungen, Schulen und beruflichen Bildungseinrichtungen gesehen, die einen Rückzug der Jugendlichen in Banden und kriminelle Aktivitäten zur Folge hätten.

Nicht zu vergessen ist der Ansatz des Rationalen Kalküls, nachdem kriminelle Handlungen das Resultat einer Kosten-Nutzen-Analyse seien, bei denen sich

die kriminelle Aktivität nach einer Kosteneinschätzung (wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit gefasst zu werden? Wie hoch ist das zu erwartende Strafmaß?) noch immer als profitabel erweist.

Vorsicht Falle – Die Realität ist vielschichtiger!

Wenn es nun diverse Erklärungsansätze gibt (und dies war nur ein Bruchteil der aktuell diskutierten) – welche Erkenntnis kann man daraus ziehen?

Zum Beispiel kann man zu dem Schluss kommen, dass die Ausgangsannahme der Verbindung von Armut, Bildung und Kriminalität gar nicht so stimmig ist, wie sie scheint. Dazu muss man den Blickwinkel ein wenig verändern und die Frage stellen, wieso der Schulabbrecher eher den Gang zum Jugendstrafvollzug antritt – und nicht, warum er eher Taten begeht, die ihn dahin bringen, denn vieles spricht dafür, dass auch der Abiturient nicht viel anders agiert – nur läuft sein Weg eben ein wenig anders.

ARMUT – BILDUNG – KRIMINALITÄT

Wichtige Punkte in der Entscheidung, welchen Verlauf das Ganze nimmt, sind die Anzeigebereitschaft und die selektive Kontrolle, wie man am Beispiel

taucht auch eher in der Statistik auf, die bekanntermaßen ein Arbeitsnachweis der Kontrollinstanzen darstellt – und nicht ein Abbild eines Phänomens.

nun einmal leichter eine gute Sozialprognose als wenn die beruflichen Zukunftsaussichten gleich Null sind; die Sozialprognose des Abiturienten ist nun einmal um Längen besser, als die des Schulabbrechers. Die Überrepräsentation der Schulabbrecher im Jugendvollzug kann daher weder überraschen, noch kann sie auf mehr Taten dieser „Gruppe“ zurückgeführt werden.

relevantes Verhalten. Diese Emotionen beschränken sich nicht auf einen sozioökonomischen Status oder Bildung. Auch die Kontrollfähigkeit dieser Emotionen lässt sich schwerlich auf eine angemessene Bildung zurückführen, wie das Beispiel der Häuslichen Gewalt in einkommensstarken Familien zeigt.

„ Zum Beispiel kann man zu dem Schluss kommen, dass die Ausgangsannahme der Verbindung von Armut, Bildung und Kriminalität gar nicht so stimmig ist, wie sie scheint. “

des neuen Gewaltschutzgesetzes sehen kann. Die ersten Evaluationen dieses Gesetzes zeigen, dass auf einmal viele Gewaltdelikte zu Tage treten, die bislang gänzlich im Dunkelfeld lagen. Z. B. tauchen jene Frauen aus Mittel- und Oberschicht, die Opfer familiärer Gewalt werden, nun zum ersten Mal in den neuen

Für diese Rolle der Sichtbarkeit, die sehr schön am BKA-Modell der Relation von Hell- und verschiedener Dunkelfelder deutlich wird (Schaubild 2), lassen sich viele Beispiele finden. So sind Wirtschafts- oder Umweltkriminalität (Stichwort: Gammelfleisch) nicht weniger ein Angriff auf die körperliche Unversehrtheit als eine Schlägerei. Überfordertes Pflegepersonal im Altenheim, dass seine Bewohner durch Festschnallen der Freiheit beraubt, macht ebenfalls deutlich, dass für die Sichtbarkeit entweder ein Opfer vorhanden sein muss, das sich stark machen kann, um eine Anzeige aufzusetzen oder aber die Kontrolle in einer solchen Institution so verbreitet sein muss, dass diese Vorgänge sofort erfasst werden.

Bildung schützt also nicht vor einem Abgleiten in Kriminalität, vielmehr gibt es viele Bereiche, in denen sogar die Bildung erforderlich ist, um kriminell zu werden (z. B. Steuerdelikte) oder aber durch sie in einen Beruf zu kommen, in dem man mit krimi-

„ ... die Sozialprognose des Abiturienten ist nun einmal um Längen besser, als die des Schulabbrechers. “

Zusammenfassend kann man festhalten, dass hohes Einkommen und Bildung
- Taten zwar weniger sichtbar,



kommensstarken Familien vor, sind dort nur weniger sichtbar. Die Familie, die versucht ihr Außenbild zu wahren, die einen größeren Vorgarten und damit Distanz zur Einsicht des Nachbarn in ihr häusliches Leben hat, die ist auch mehr abgeschottet von Instanzen, die einen Einblick in die Probleme ihres Lebens bekommen könnten.

Familien hingegen, bei denen das Sozialamt weiß, wie viele Zahnbürsten im Badeschrank stehen, das Jugendamt, die Schulen etc. öfter Einblicke in die häuslichen Verhältnisse haben – bei denen fallen Gewaltverbrechen auch wesentlich schneller auf.

Dies gilt auch für andere Delikte, die sich speziell auf Jugendliche beziehen. Auch hier gilt, wer mehr im Blickpunkt der verschiedenen öffentlichen Kontrollinstanzen steht, der

„ ... wer mehr im Blickpunkt der verschiedenen öffentlichen Kontrollinstanzen steht, der taucht auch eher in der Statistik auf ... “

gang auch in der justiziellen Weiterverarbeitung. Mit entsprechendem Vermögen oder beruflicher Einbindung erreicht man

nellen Machenschaften Macht erhalten, gewinnen oder Profit machen kann.

Auch ist man durch Bildung

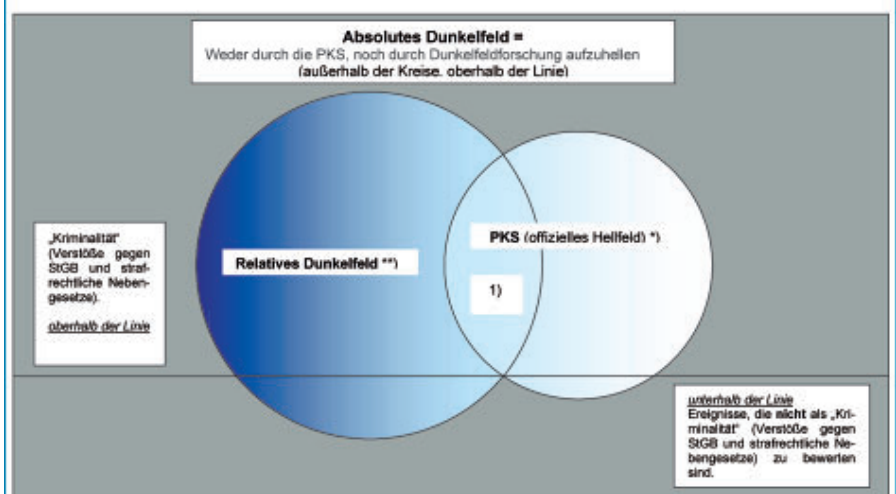
nicht gefeit vor Eifersuchtsdramen, Beziehungsdelikten und der ganzen Bandbreite emotionaler Auslöser für strafrechtlich

aber nicht weniger real machen durch die eigene Abschottung und durch die geringere Sichtbarkeit für die öffentliche Kontrolle (Erziehung, Sozialbehörden, Polizei),

- für einen gewissen Anzeigeschutz durch den statusbedingten „guten Leumund“ sorgen,

- bessere Prognosen vor Gericht erzielen, sofern sie doch zur Anzeige gebracht werden und dadurch mit weniger eingreifen-

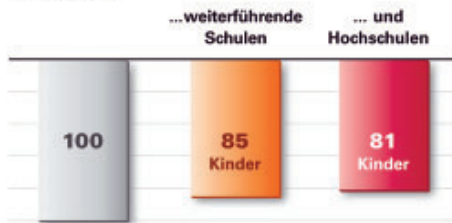
Schaubild 2: Absolutes Dunkelfeld, durch Dunkelfeldforschungen zu untersuchendes (relatives) Dunkelfeld sowie das Hellfeld der polizeilich registrierten Kriminalität in ihren vermuteten Relationen zueinander (Modell)



Quelle: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland 2004, S. 8.

Herkunft als Handicap

Von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft besuchen ...



Von 100 Kindern niedriger sozialer Herkunft besuchen ...



Quelle: StBA, 1996/2000, Hochschul-Informationssystem 2000 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

den (freiheitsentziehenden) Sanktionen zu rechnen haben.

Neue Erkenntnisse zur Rolle der Bildung

Neben dem Blick auf die ebenfalls kriminellen Handlungen der besser gestellten Bevölkerungsteile, gibt es auf der Seite der bildungsschwachen Gruppen neuere Erkenntnisse, die den Zusammenhang von Armut, geringem Bil-

dungsniveau und gesetzwidrigem Verhalten aufzuhellen suchen.

Der Soziologe und Kriminologe Karl F. Schumann und seine Kollegen von der Universität Bremen haben in einen Zeitraum von elf Jahren über 400 Jugendliche auf ihrem Weg von der Hauptschule in den Beruf begleitet. Dabei fanden sie heraus, dass der Bildungs-, aber auch der Ausbildungsstatus praktisch keine Rolle dafür spielte, ob die Jugendlichen straffällig wurden. So waren z. B. gegen alle Erwartungen die Sonderschüler weniger oft delinquent als die Hauptschulabgänger. Zudem führte weder das Scheitern in der Berufsausbildung zu einer Zunahme der Straffälligkeit noch war es umgekehrt so, dass die Aufnahme der Berufsausbildung dazu führte, dass Jugendliche ihre illegalen Aktivitäten einstellten, in die sie schon involviert waren. Vielmehr führten sie diese auch während der Ausbildung weiter. Sie verarbeiten

also ihre schlechte Ausgangssituation viel besser als dies bislang von der Kriminologie oder auch anderen Disziplinen angenommen wurde. Aber, gerieten sie einmal in die Mühle der Justiz, stiegen ihre Chancen auf eine Verfestigung der Straffälligkeit, denn die negative Kontrollerfahrung führte zu langfristigen Ausgrenzungsprozessen, die von den betreffenden Personen nicht kompensiert werden konnten.

Welche Lehre zieht man daraus?

Strafrechtlich relevantes Verhalten kommt in allen Bevölkerungsschichten vor – durch die unterschiedlichen sozialen Ausgangspositionen sind jedoch einige Gesellschaftsmitglieder besonders für ihre strafrechtliche Verfolgung anfällig, mitsamt den gravierenden Konsequenzen, die

„... durch die unterschiedlichen sozialen Ausgangspositionen sind jedoch einige Gesellschaftsmitglieder besonders für ihre strafrechtliche Verfolgung anfällig, ...“

diese für den weiteren Lebensweg mit sich bringen.

Was also ließe sich tun, möglichst alle Mitglieder unserer Gesellschaft integriert zu halten – d. h. ihre Ausgangsposition zu verbessern, die eine gewisse Strafverfolgungsimunität mit

sich bringt bzw. für den Fall dass sie straffällig werden, eine Verschlimmerung oder Verfestigung der Situation zu verhindern, usw.?

Zwei Strategien, die sich auf eine derartige Chancenannäherung konzentrieren, möchte ich kurz skizzieren:

1. Ohne Investitionsmaßnahmen geht es nicht!

Eine qualifizierte Beschäftigung (und demzufolge auch die voraussetzende Bildung) haben eine identitätsstiftende und integrierende Funktion. Auch wenn die Berufsausbildung neueren Erkenntnissen zufolge keinen Zusammenhang zur Straffälligkeit aufweist, so ist sie

doch ein wichtiger Baustein zur Erreichung des langfristigen Ziels einer „Normalbiographie“. Entgegen dem Postulat der Eigenverantwortlichkeit zur Entlastung der Kassen muss daher in diesen Bereichen investiert werden, damit möglichst viele Mitglieder unserer Gesellschaft einen solchen Weg überhaupt gehen können.

Dem Bildungssektor muss Priorität vor anderen Ausgaben eingeräumt werden, damit auf die finanziellen Hürden innerhalb des Systems für einkommensschwache Familien, Studierende etc. verzichtet werden kann.

Beispielhaft seien einige Maßnahmen angeführt:

- Förderungs- und Integrationsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen gerade für Kinder/Jugendliche nichtdeutscher Herkunft (auch, aber nicht nur, für den Spracherwerb) müssten ausgebaut statt gekürzt zu werden.

- Das Bildungssystem sollte weiterhin vielfältig bleiben, damit sich die verschiedenen Schüler auch wiederfinden (d. h. keine Abschaffung von Schultypen wie z.B. Fachoberschulen).

- Die Inhalte und Unterrichtsformen müssten sich ebenfalls den Schülern – ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen – anpassen, um die hohen Abbruchquoten zu verhindern. Dazu gehören z. B. eine stärkere interkulturelle Ausrichtung des Unterrichts, aber auch eine stärkere Beschäftigung mit gesellschaftlichen Normen und der Bildung sozialer Kompetenzen.

- Viel Geld wird heute in Motivierungs-/Qualifizierungskurse gesteckt, die Jugendliche

Laut Kriminalitätsstatistik liegt die polizeilich erfasste Kriminalität in den drei nordostdeutschen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt über dem Bundesdurchschnitt. 10,1 Prozent aller in Deutschland entfallenen 2003 auf diese Länder, obwohl sie nur einen Bevölkerungsanteil von 8,3 Prozent haben. Bei den Tatverdächtigen unter 21 Jahren sind es sogar zwölf Prozent.

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily führte im Sommer des vergangenen Jahres die hohe Jugendkriminalität in diesen dünn besiedelten Ländern u. a. auf die „ungünstigeren sozialen Rahmenbedingungen“ zurück.

und Heranwachsende für einen Arbeitsmarkt fit machen sollen, der ihnen nicht zur Verfügung steht. Die Qualität und Angemessenheit dieser Angebote müssten geprüft werden, da die Agenturen viel Geld damit machen, ohne dass die Jugendlichen dadurch bessere Ausgangsbedingungen bekommen.

- Auch die Konzentration auf Berufsausbildung im Strafvollzug zum Schutz vor weiterer Delinquenz ist obsolet, da vielmehr die Freiheitsstrafe an sich eine negative Wirkung hat.

Die Praxis und Argumentation vieler Richter, Jugendliche „von der Straße zu holen“, damit sie im Jugendstrafvollzug endlich eine Ausbildung bekommen können ist angesichts der neuen

Die Autorin



Dr. Bettina Paul, Dipl. Kriminologin und Dipl. Sozialpädagogin; Jg. 1969; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für

Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg; neben der Lehre im Masterstudiengang Internationale Kriminologie vor allem Lehre und Koordination weiterbildender Angebote, wie Studienwochen und integrierte Module für Praktiker (aus den Bereichen Polizei, Justiz, Sozialarbeit) und Vollzeitstudierende zu diversen kriminologischen Themen.

Daneben aktiv als

- Lehrbeauftragte an der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonienanstalt des Rauhen Hauses in Hamburg für die Soziologie abweichenden Verhaltens bzw. Kriminologie,

- Geschäftsführung der Redaktion des Kriminologischen Journals,

- Vertrauensdozentin für das Studienwerk der Heinrich Böll Stiftung (bis vor kurzem noch Schöffin für Jugendstrafverfahren/Landgericht Hamburg).

Derzeitige Lehre und Forschungsinteresse:

- Gesundheit und Krankheit zwischen Risikomanagement und Strafbedürfnis
- Hafensicherheit

Bisherige Forschungsthemen (u. a.):

(Drogen)Schmuggel; Jugendbewährungshilfe; Dealerinnen; Drogenkonsum/offene Szene (insb. Crack); Menschen in der Illegalität; Fluchthelfer

Frühere Tätigkeiten:

Sozialpädagogin in der Drogenberatungs- und Kontaktstelle „DROB INN“/Hamburg; Sozialarbeit zudem im Wohnungslosenbereich in HH und Amsterdam; sowie Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit in der „Open Door Community“ in Atlanta/USA (Bereiche: Anti-Death-Penalty, Obdachlosigkeit)

Kontakt:

Universität Hamburg
Institut für Kriminologische Sozialforschung
Allende-Platz 1,
20146 Hamburg
Tel.: 040/42838-3322
Fax.: 040/42838-2328
E-Mail: bettina.paul@uni-hamburg.de
<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/IKS/index.html>



Armut in Deutschland – täglich nutzen in Berlin Pankow 250 bis 450 Personen die Suppenküche für Bedürftige und Obdachlose des Franziskanerklosters in Berlin-Pankow. Foto: ddp

kriminologischen Erkenntnisse mehr als kontraproduktiv.

- Stattdessen muss auch die Schule die Jugendlichen auf Schwierigkeiten im Übergang in das Berufsleben vorbereiten.

- Kreativere Ideen und mehr Investitionsengagement von Bund und Wirtschaft zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit sind gefordert!

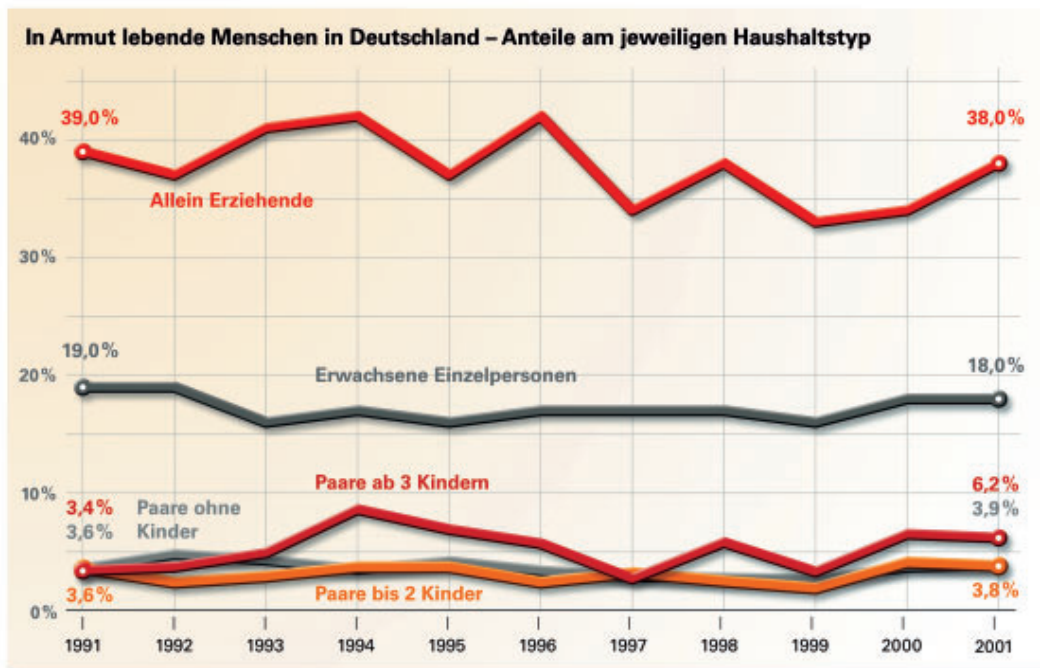
2. Auch kriminalpräventiv sollte man „Innovationen“ gegenüber wachsam sein!

Den seit einiger Zeit umfangreichen gesellschaftlichen Wandel, wie zu Beginn beschrieben, wird man wohl kaum stoppen können. Jedoch kann man die Verfestigung der Nachteile aufhalten, in dem man in seinem eigenen Berufsfeld engagiert mitredet, unsinnige Konzepte entlarvt und sich dagegen positioniert.

Neue kriminalpolitische Zauberprojekte aus den USA versprechen eine Kriminalitätsverhütende Wirkung, wobei sie eigentlich im Kontext der Kostensparung stehen. Sie setzen auf die Eigenverantwortung der Bürger, sei es bei der eigenen Opferwerdung (wer sich nicht mit Alarmanlage ausstattet ist „selbst schuld“, Opfer eines Einbruchs zu werden), sei es bei der Straffälligkeit („Zero Tolerance“, „Youth Courts“, „Glen Mills“ etc. bauen auf dem Selbstverschuldungsprinzip auf).

Bei uns ist die stetige Forderung nach einem härteren Durchgreifen bei Jugenddelinquenz ein gutes Beispiel sich näher damit auseinander zu setzen und eine Position dazu zu entwickeln. Die Forderung nach der Anwendung von Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden lässt sich me-

Armut im reichen Land



Quelle: Corak, Fertig, Tarnig 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

dial sehr gut vermitteln, dient also populistischen Zwecken sehr wohl, denn sie kann zeigen, dass der Staat aktiv wird, durchgreift und sich nicht von den Kids an der Nase herumführen lässt. Jedoch

beinhaltet sie zugleich ein Ersatz der Vielzahl jugendrechtlicher Reaktionsmaßnahmen durch die Geldstrafe. Dass die staatliche Schuldenproduktion bei mittellosen jungen Menschen kein angemessenes Mittel zur Verhinderung zukünftiger Straffälligkeit sein kann, müsste eigentlich jedem klar sein, der sich mit dieser Materie beschäftigt. Auch „mit aller Härte“ auf jugendliche Delinquenz zu regieren, wenn man den Kids gleichzeitig vermitteln will, dass Gewalt eben kein Konfliktlösungspotential beinhaltet, dass die Gesellschaft akzeptiert, scheint offensichtlich widersprüchlich und wenig aussichtsreich zu sein.

Man sollte also hellhörig werden, wenn wieder einmal der Verlust des Rechtsbewusstseins nur bei der Jugend beklagt wird und sich Skandalträger von Politik und Wirtschaft umgehend reintegrieren lassen. Dies ist nur ein weiterer Ausdruck einer system-

zite herrührenden Probleme nicht als persönliche Schwäche des einzelnen Jugendlichen ausgelegt werden sollten. Oder dass die

„Dass die staatliche Schuldenproduktion bei mittellosen jungen Menschen kein angemessenes Mittel zur Verhinderung zukünftiger Straffälligkeit sein kann, müsste eigentlich jedem klar sein ...“

Reaktionsmaßnahmen nicht nach Kostensparungskriterien oder rein populistischen Zielen hin ausgewählt werden, sondern nach einem fast schon verloren scheinenden Postulat der „Reintegration“.

Die Abwendung vermeintlich innovativer Konzepte durch die professionelle Meinung der betroffenen Berufsgruppen würde

bereits ein großer Schritt bedeuten, den Prozess des fortschreitenden Ausschlusses einiger gesellschaftlicher Gruppen zu verlangsamen.

Dr. Bettina Paul

Im toten Winkel des Sozialstaats

Millionen Bedürftige leben in Deutschland ohne staatliche Hilfe. Eine Studie zeigt: Die Dunkelziffer der Armut ist in Deutschland fast so hoch wie die erfasste Zahl. Hauptursachen sind Fehlinformation und Angst vor Stigmatisierung.

Die verdeckte Armut erreicht

in Deutschland fast die Größenordnung der bekämpften. Auf drei Empfänger von Sozialhilfe kommen „mindestens zwei, eher drei Berechtigte“, die sich nicht beim Amt melden.

Lösen diese Armen ihre Ansprüche ein, müssten die Sozial-

ämter noch mal ein Drittel bis zur Hälfte mehr zahlen. Die Armutsforscher Irene Becker und Richard Hauser haben für ihre Modellrechnung drei große Haushaltsstichproben ausgewertet und auf dieser Basis die verdeckte Armut für das Jahr 1998 kalkuliert. Ergänzende Auswertungen zeigen: Die Zahlen haben sich bis 2003 kaum verändert.

Als arm definieren die Forscher hier jene, die nicht über das gesetzlich festgelegte Existenzminimum verfügen. Etwa 40 bis 50 Prozent der Berechtigten fielen demnach durch das unterste Auffangnetz der Sozialhilfe. Die ausländische Bevölkerung scheint deutlich überproportional von verdeckter Armut betroffen zu sein.

Scham, Stolz, Fehlinformationen – die Forscher machen vielfältige Gründe aus, warum Bedürftige auf ihren Anspruch verzichten. Zwei wiegen besonders schwer: Unwissenheit: Mehr als die Hälfte der verdeckt Armen ging davon aus, Sozialhilfe zurückzahlen zu müssen. Dass auch Beschäftigte Anspruch auf er-

gänzende Sozialhilfe hatten, war vielen nicht bekannt. Die Hartz-Gesetze dürften dieses Informationsdefizit vergrößert haben: „Die Working Poor dürften sich noch seltener als anspruchsberechtigt sehen als vor der Reform – denn sie sind ja nicht arbeitslos.“

Stigmatisierungsängste: Verdeckt Arme waren weniger bereit als Sozialhilfeempfänger, Unannehmlichkeiten auf Ämtern zu erdulden. Die Wahrnehmung von Stigmata sei für einen beträchtlichen Teil ausschlaggebend für den Verzicht.

Entsprechend geringer fällt der Anteil verdeckt Armer unter Alleinerziehenden aus, deren Bedürftigkeit mehr Verständnis entgegengebracht wird.

Zur Bekämpfung verdeckter Armut empfehlen die Forscher: Mehr Informationen, aufsuchende Sozialarbeit und Vorsicht mit stigmatisierenden Behauptungen über den angeblich verbreiteten „Missbrauch“ des Wohlfahrtsstaates.

Karin Rahn, Uwe Schmidt

Die Dunkelziffer der Armut

In Deutschland erhalten **2,8 Millionen** Menschen staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt – zusätzlich ...



Ursache: Unkenntnis der Hilfsansprüche

So viele verdeckt Arme denken fälschlicherweise ...



Ursache: Angst vor Stigmatisierung

So viele verdeckt Arme sagen ...



Datenbasis vor Änderung von Sozialhilfe auf Sozialgeld bzw. Arbeitslosengeld II
Quelle: NIEP 1998/99 und 2002 nach Becker/Hauser 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

ARBEITSLOSIGKEIT

In der Abwärtsspirale – Private Folgen von Arbeitslosigkeit

von Thomas Gesterkamp

Inzwischen kennt wohl jeder jemanden, der vorübergehend oder länger arbeitslos geworden ist. Dabei handelt es sich nicht nur um „einen bedauerlichen Zwischenfall“, sondern diese Situation kann dramatische Konsequenzen nach sich ziehen. Denn Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, hat neben finanziellen auch psychische und gesundheitliche Folgen. Und sie trifft nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern ebenso deren Familienangehörige.

Seit Jahrzehnten sind in Deutschland mehrere Millionen Menschen offen oder verdeckt arbeitslos. Die statistischen

Rekordwerte erinnern an die Spätphase der Weimarer Republik, doch immerhin existiert heute ein vergleichsweise eng ge-

knüpftes soziales Netz – trotz Hartz IV und anderer sozialpolitischer Kürzungen. Waren die Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929 auf der Straße zu spüren, so sind lange Schlangen vor den Türen der Arbeitsämter selten geworden. Selbst die endlosen Gänge mit den deprimierten Gesichtern suchen die Fotografen in den Gebäuden der Arbeitsverwaltung meist vergeblich. Arbeitslosigkeit ist oft ein Problem, das jeder mit sich auszumachen hat.

Ihr persönliches Drama führen

die Betroffenen hinter geschlossenen Fenstern auf. Besonders im überschaubaren ländlichen Raum wollen sich Erwerbslose gegenüber Nachbarn und Bekannten auf gar keinen Fall als Not Leidende zeigen. Ist sozialer Niedergang in den Ballungsgebieten bisweilen augenfällig, so weist in der Provinz eher Unspektakuläres auf eine trügerische Idylle hin: das abgemeldete Telefon, der überraschende Austritt aus dem Klub, der Sommer auf Balkonien statt auf den Balearen.

Tipps für Langzeit-Arbeitslose

• Arbeitslosigkeit nicht gegenüber dem sozialen Umfeld verheimlichen – alle wissen, dass es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten jeden treffen kann. Bemühen verstärken, bestehende Kontakte zu erhalten und sogar neue zu knüpfen.

• Versuchen, einen festen Zeitrhythmus beizubehalten – Termine setzen, tägliche Rituale und eine klare Tagesstruktur schaffen.

• Freie Zeit für Aktivitäten nutzen, die während des Berufsalltags vernachlässigt wurden; frühere Interessen wieder aufnehmen, zum Beispiel Sprach- oder Computerkurse besuchen.

• Für regelmäßige Entspannung sorgen, um die psychische Belastung durch Arbeitslosigkeit abzumildern; Sport treiben, um etwas für die Gesundheit zu tun.

Den harten Kern bilden die Langzeitarbeitslosen, die länger als zwölf Monate eine Stelle suchen. Ihr Anteil ist seit den 1970er Jahren von fünf auf inzwischen rund 40 Prozent der registrierten Menschen ohne Arbeit gestiegen. Dennoch betrachten viele das Fehlen eines Jobs zunächst als vorübergehenden Zustand. Den Wegfall regelmäßiger Verpflichtungen erleben manche erst einmal durchaus positiv als Befreiung und Entlastung. In der Phase des Umbruchs kann sich das Wohlbefinden sogar verbessern. Erst etwa ein halbes Jahr später, so haben Wissenschaftler festgestellt, kommt der tiefe Einbruch. Eine Untersuchung von Schulabgängern durch den Bremer Arbeitslosenforscher Thomas Kieselbach ergab nach sechs bis neun Monaten erhebliche Unterschiede im psychischen Gesundheitszustand zwischen Jugendlichen, die arbeitslos wurden, und einer Vergleichsgruppe, die an einem Trainingsprogramm der Arbeitsverwaltung teilnahm.

Ungewissheit macht krank

Auf Dauer wirkt die ungewisse Situation auf die meisten Menschen zermürbend und beeinträchtigt die körperliche Gesundheit. Symptome wie Depressivität, Ängstlichkeit, Schlaflosigkeit, Reizbarkeit, Konzentrationsstörungen und Nervosität listet die Weltgesundheitsorganisation auf. Direkte Zusammenhänge zwischen fehlender Erwerbstätigkeit und psychosozialen Folgen lassen sich jedoch nur schwer

nachweisen. Die Wissenschaft geht stark vereinfacht von einem „Vierphasenmodell“ aus, das als typische Stationen Schock, Optimismus, Pessimismus und Fatalismus enthält. Auf das lähmende Erlebnis der Kündigung folgt ein aktiver Prozess der Stellensuche, der durch hohe Motivation und relativ viel Optimismus gekennzeichnet ist. Schlagen diese Bemühungen fehl und kommen gleichzeitig finanzielle oder familiäre Probleme hinzu, können sich psychische Schwierigkeiten häufen. Schleichend geht das Gefühl für die eigenen Kompetenzen verloren, Psychologen beschreiben einen „inneren Schrumpfungsprozess“. „Jede weitere Absage ist dann ein Angriff auf das Selbstwertgefühl“, sagt Christine Morgenroth, Therapeutin in Hannover. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird immer mehr selbst zum Problem. Langfristig Erwerbslose gelten als kaum noch vermittelbar; damit ist die letzte Stufe, die der Resignation, erreicht.

Krise der männlichen Identität

Was die einen als kurzfristige Episode ihrer Berufsbiografie ansehen, spitzt sich bei anderen zu einer ausweglosen und selbstzerstörerischen Krise zu. In einer kürzlich veröffentlichten Studie kommt das Kölner Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu dem Ergebnis, dass sich dauerhafte Arbeitslosigkeit am schlechteren Gesundheitszustand der Erwerbslosen deutlich ablesen lässt. Am stärksten gefährdet sind der Untersuchung zufolge Männer in Ostdeutschland.

Für viele männliche Beschäftigte bedeutet Arbeit eine Art „Heimat“, ein Gegengewicht zu dem weiblich geprägten Familienleben. Der Verlust der Stelle ist für Männer auch deshalb ein Trauma, weil sie sich im Gegensatz zu Frauen nicht auf anerkannte Alternativrollen wie Hausarbeit oder Kindererziehung zurückziehen können. Akzeptiert werden bestenfalls unbezahlte (oder schwarz honorierte) Dienste für

Freunde, Bekannte oder Ex-Kollegen. Irgendwann aber ist das Auto repariert, die Wand tapeziert, die Küche frisch getüncht und der Keller aufgeräumt.

Sieht man von Behördengängen und Bewerbungen ab, verfügen Erwerbslose über viel Zeit. Doch diese braucht ihr Gegenstück; ohne die Strukturierung durch Arbeit verliert sie ihren Sinn.

kriecht das Gefühl von Leere hoch, zumal das Geld für die Brötchen und den Kaffee um die Ecke nicht mehr so locker sitzt. Eigene Aktivitäten zu entwickeln, die nichts oder wenig kosten, will gelernt sein. Nur wenige taugen zum Lebenskünstler und können ihrer Lage trotz materieller Einschränkungen positive Seiten abgewinnen.

Stattdessen machen sich Demoralisierung und Langweil-

würfe zu machen, sich zu langweilen und das Gefühl zu haben, dass andere auf sie herabblicken. Frühere Kollegen, so klagten sie, reagieren geradezu mit Kontaktsperre.

Kündigung bedeutet auch, aus einer Gemeinschaft ausgestoßen zu werden, die sich auf die Welt der Arbeit beschränkt. Zu bedrohlich ist die Angst der anderen, dass ihnen Ähnliches widerfahren könnte; das macht sie anfällig für Schuldzuweisungen und einfache Erklärungsmuster: Der Entlassene war angeblich arbeitsunwillig, ihm fehle die passende Qualifikation; seine Ansprüche an eine neue Stelle seien zu hoch.

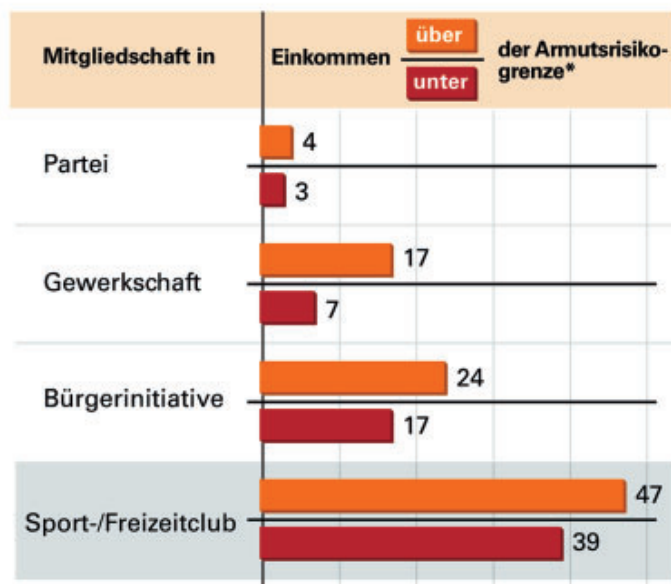
„Opfer durch Nähe“

Die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit beeinträchtigen nicht nur die Betroffenen selbst. Auch die „Opfer durch Nähe“, wie sie die Wissenschaftler nennen, geraten in eine Abwärtsspirale: Menschen, die mit Erwerbslosen eng zusammenleben und wirtschaftlich von diesen abhängig sind. Kinder leiden unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern und der verschlechterten finanziellen und sozialen Situation der Familie.

„Arbeitslosigkeit und Armut machen krank – bis in die folgende Generation“, warnt Rudolf Henke, Vorsitzender des Ausschusses Gesundheitsförderung der Bundesärztekammer. Die Experten warnen vor einem „Prozess der sozialen Ausgrenzung“, in dem die Notlagen der Erwachsenen an die Kinder „vererbt“ werden.

Manche Eltern versuchen, die schwierige soziale Situation gegenüber ihren Kindern geheim zu halten. Am Spielzeug wird zuletzt

Soziales Leben: Armut isoliert



* In der EU gilt als arm, wer weniger als 60% des Durchschnittseinkommens verdient
 Quellen: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2000/02, Engels 2004 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

Alle Untersuchungen, so der Armutsbericht, wiesen darauf hin, dass die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben häufig mit einem gehobenen sozialen Status verknüpft ist. Beamte, höhere Angestellte und Selbstständige engagieren sich häufiger als Arbeiter, einfache Angestellte, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Anfangs mag es ein Genuss sein, lange schlafen zu können, um 10 oder 11 Uhr zum Bäcker zu schlendern und danach gemütlich zu frühstücken. Allmählich aber

leitet. „Das das Zuhause sein auf die Nerven geht“, so charakterisieren Befragte der Bremer Studie eine wesentliche Belastung. Sie geben an, sich selbst Vor-

gespart, das Geld für den Klassen- ausflug noch irgendwie zusam- mengekratzt. Wenn das bei aller Mühe nicht mehr funktioniert, verkehrt sich das Versteckspiel bisweilen in sein demonstratives Gegenteil: Papa, der nicht mehr aufstehen muss wie ein richtiger Kerl, liegt mittags noch im Bett, wenn die Kleinen schon aus der Schule zurückkommen. Was in der Öffentlichkeit als Drücke- bergertum und Faulenzerei inter- pretiert wird, ist oft lediglich per- sönliche Anpassung an eine un- gewollte Lebenslage. „Niemand hält dauerhaft eine Situation aus, in der seine Ziele nicht mit seinen Möglichkeiten in einem ganz zen- tralen Bereich wie Arbeit in Über- einstimmung sind“, fasst Arbeits- losenforscher Kieselbach zusam- men. Er verweist auf eine Fabel: Der Fuchs, der die zu hoch hän- genden Trauben nicht erreichen kann, behauptet, sie seien sauer und deshalb wolle er sie gar nicht haben.

Status, Selbstwertgefühl und Identität erwerben vor allem Männer (aber auch immer mehr Frauen) weitgehend durch eine bezahlte Tätigkeit. Selbst schwe- re und schlecht bezahlte Fabrik- arbeit lässt sich besser verkraften als erzwungene Passivität über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Wo fast alle Lebenschancen an Job und Einkommen geknüpft sind, bleibt es den Betroffenen ver- wehrt, sich am nach wie vor wich- tigsten Wertmaßstab für soziales Prestige und anerkannte Teilha- be zu orientieren. Arbeitslosigkeit belegt wie kein anderes Phäno- men den immer noch zentralen Stellenwert von bezahlter Arbeit in der heutigen Gesellschaft.

Literaturhinweis

In seinem Buch „Die Kri- se der Kerle – Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft“ (Lit Verlag, Münster 2004) hat sich unser Autor mit den psy- chosozialen Folgen von Ar- beitslosigkeit ausführlich be- schäftigt

Gefahren aus Rechter Szene nicht aus dem Blickfeld verlieren

Nach den bisher vorliegenden Informationen sind in Deutsch- land 2005 die Straftaten mit rech- tem Hintergrund um ca. 30 Pro- zent gegenüber den vergleichba- ren Werten von 2004 gestiegen: Von Januar bis Ende November 2005 wurden mehr als 9.400 Straftaten registriert. Im gleichen Zeitraum 2004 waren es rund 7.150 Delikte.



Fotos: ddp

Wenn auch immer noch die überwiegende Mehrzahl der be- gangenen Straftaten im Bereich der Propagandadelikte anzusie- deln ist, so ist doch ein auffälliger Anstieg der Gewalttaten zu verzeichnen. Allein die Körper- verletzungsdelikte sind im besag- ten Zeitraum um fast ein Fünftel angestiegen. Nachfragen bei Staatsschützern haben diesen Trend eindeutig bestätigt.

Die Rechten haben z. B. ihre Taktik aufgegeben, sich im Rah- men von Demonstrationen stets absolut gewaltfrei und gesetzest-reu zu verhalten. Immer häufi- ger kommt es bei Gegende- monstrationen dazu, dass auf „Provokationen“ nicht nur ver-

bal, sondern auch handgreiflich reagiert wird. Bei diesen Reakti- onen macht man auch vor einge- setzten Polizeibeamtinnen und - beamten nicht mehr halt.

Wenn man bei den bekannt gewordenen Zahlen noch be- rücksichtigt, dass es sich nur um vorläufige Zählungen handelt und der Dezember fehlt, muss

mit einem noch deutlicheren An- stieg für das Jahr 2005 gerechnet werden. So lag die für den Vergleichs- zeitraum 2004 vorab ermittelte Zahl letztlich um mehr als ein Drittel niedriger, als die dann tatsächlich im Verfassungsschutz- bericht 2005 veröf- fentlichte Gesamt- zahl.

Vor dem Hinter- grund, dass in den letzten Jahren im Bereich Staats- schutz das Augen- merk verstärkt auf den Bereich isla- mistischer Terroris- mus und dessen Beobachtung und Bekämpfung gelegt wurde, beklagen die Staatsschützer zu- nehmend, dass die personellen Ressourcen nicht mehr ausrei- chen, um auch das rechte Spek- trum entsprechend zu begleiten. Gerade die qualifizierten Spezi- alisten, die erforderlich sind, um das rechte Klientel zu beobach- ten und aus den Beobachtungen die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen abzuleiten, fehlen sehr oft. Man kann eben nicht unentwegt an der einen Seite eines Tischtuches ziehen, ohne dass irgendwann die Tischplatte blank liegt, so die Klagen aus den Kollegenkreisen.

now.

GdP: 41-Stunden sind zu viel!

Ab 1. März 2006 sollen die Bundesbeamtinnen und -beamten 41 Stunden in der Woche arbeiten. Dies sieht der vom BMI vorgelegte Entwurf der neugefassten Arbeitszeitverordnung vor. Darüber hinaus sind Regelungen der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG in die Arbeitszeitverordnung aufgenommen worden.

Mit dem Entwurf einer Neufassung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes sowie Änderungen anderer Verordnungen werden nachfolgende Ziele verfolgt:

- die regelmäßige Wochenarbeitszeit wird von 40 auf 41 Stunden heraufgesetzt;
- die Bestimmung über das Abweichen von den allgemeinen Regelungen zur gleitenden Arbeitszeit, so genannte Experimentierklausel, wird entfristet;
- die wöchentliche Höchst-arbeitszeit wird von bisher 55 auf 48 Stunden entsprechend der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG herabgesetzt;
- Pausen werden bei Wechselschicht als Arbeitszeit berücksichtigt entsprechend der für „den Tarifbereich geltenden Sonderregelung“. Für den Wechselschichtdienst gilt die Definition gemäß § 20 Erschwerniszulagenverordnung;
- es wird die Möglichkeit eröffnet, freiwillig sonnabends Dienst zu verrichten;



- die arbeitszeitrechtlichen Bestimmungen über die Berücksichtigung von Reisezeit und Rufbereitschaft, die bisher in einer eigenen Verwaltungsvorschrift erfolgten, werden vereinfacht und in die Arbeitszeitverordnung aufgenommen;

- die Erholungsurlaubsverordnung wird an die geänderte Arbeitszeitverordnung angepasst.

In ihrer Stellungnahme wendet sich die GdP mit Vehemenz gegen die weitere Anhebung der Wochenarbeitszeit. Wie schon bei der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden bewertet sie die weitere Anhebung auf 41 Wochenstunden als konjunkturpolitisch schädlich und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv. Auch werden Arbeitsplätze vernichtet, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit dringend benötigt werden.

Die GdP sieht in der Fakultativ-Klausel, sonnabends Dienst zu verrichten, eine Wiedereinführung der 6-Tage-Woche, die abgelehnt wird.

Nach der Novellierung soll der Zeiträume für die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden betragen; die GdP fordert eine Begrenzung auf 12 Stunden.

Begrüßt wird von der GdP, dass mit der Anwendung der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG die wöchentliche Höchst-

arbeitszeit von bisher 55 auf 48 Stunden herabgesetzt wird.

Nach Auffassung der GdP passt die Festlegung von Kernarbeitszeiten nicht in ein modernes Arbeitszeitrecht, das von Flexibilität geprägt ist. Sie plädiert daher für eine Streichung der Bestimmung über die Möglichkeit der Festlegung einer Kernarbeitszeit. Wünschenswert ist eine höhere Über- und Unterschreitung der regelmäßigen Arbeitszeit (Zeitraumen 40 Stunden) innerhalb des Ausgleichszeitraums von 12 Monaten.

Die GdP befürwortet die Schaffung von 24 Gleittagen, allerdings wendet sie sich dagegen, dass die Dienstbehörde die Nutzung von Gleittagen vorschreiben kann.

Festzulegen ist, in welchem Maße die Arbeitszeit durch Bereitschaftsdienst verlängert werden darf. Verlangt wird eine Anerkennung von Zeiten des Bereitschaftsdienstes als volle Arbeitszeit.

Abschließend hält die GdP es für erforderlich, dass die besonderen Arbeitssituationen bei der Bundespolizei eigene Arbeitszeitregelungen bedürfen. Daher fordert sie für die spezifischen Tätigkeiten des Polizeivollzugsdienstes für die Beamtinnen und Beamten eine eigene „Arbeitszeitbestimmung Bundespolizei“.

HJA

BESOLDUNG

Weniger Weihnachtsgeld

Das Weihnachtsgeld der Bundesbeamtinnen und -beamten soll weiter gekürzt werden. Dies sieht ein Gesetzesentwurf vor, den der Bundesinnenminister im Januar vorlegte.

Die frühere Sonderzuwendung wurde 2004 durch das Bundessonderzahlungsgesetz neu geregelt. Verbunden war damit eine Absenkung von rund 84 Prozent auf 60 Prozent der Dezemberbezüge. Nun soll im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes durch ein Artikelgesetz die Bundessonder-

zahlung nochmals gekürzt werden. Statt bisher 5 Prozent der im Kalenderjahr zustehenden Bezüge sollen Bundesbeamtinnen und -beamte zukünftig nur noch 2,5 Prozent dieser Bezüge als Sonderzahlung mit dem Dezembergehalt gewährt werden, Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen, die durch

das Bundessonderzahlungsgesetz Anspruch auf 4,17 Prozent der Versorgungsbezüge für das Kalenderjahr hatten, nur noch 2,085 Prozent.

Mit den Maßnahmen sollen rund 500 Mio. Euro im Haushalt eingespart werden.

Die GdP lehnt die vorgeschlagene Kürzung der Sonderzahlung ab. Nach ihrer Auffassung haben Beamtinnen und Beamte sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits geleistet und dürfen nicht weiter belastet werden.

Die vorgesehene Einkommensminderung hält die GdP auch für ein konjunkturpolitisch falsches Signal. Was die Wirtschaft braucht, ist ein kräftiges Wachstum der Konsumausgaben, denn die Konjunktur wird derzeit nur vom Export getragen. Die Binnenkonjunktur aber kann nicht anspringen, wenn die Massenkauflkraft geschwächt wird. Daher appelliert die GdP an die beschäftigungspolitische Verantwortung der öffentlichen Arbeitgeber und fordert, den Gesetzesentwurf nicht weiter zu verfolgen.

HJA



URTEILE

Sorgfaltspflichten bei Fahren entgegen der Einbahnrichtung

Nach § 35 Straßenverkehrsordnung sind so genannte Sonderrechtsfahrzeuge, also insbesondere Fahrzeuge der Polizei und Feuerwehr, von den Vorschriften der StVO befreit, soweit das zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringend geboten ist. Dies gilt auch dann, wenn das Sonderrechtsfahrzeug weder Horn noch Blaulicht führt, oder diese zwar vorhanden sind, aber nicht betätigt werden. Überhaupt ist gesetzlich geregelt, dass bei Einsatzfahrten blaues Blinklicht allein verwendet werden darf.

Immer ist bei den Einsatzfahrten aber das Gebot der Rücksichtnahme auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu beachten. § 35 StVO befreit nicht von der allgemeinen Sorgfaltspflicht; die Wahrnehmung der Sonderrechte darf jeweils nur unter größtmöglicher Sorgfalt erfolgen. Je mehr sich der Einsatzfahrer über allgemeine Verkehrsregeln hinwegsetzt und dadurch die Unfallgefahren erhöht, desto größer ist die ihm obliegende Sorgfaltspflicht. Die Erfordernisse der Verkehrssicherheit haben Vorrang vor dem raschen Vorwärtskommen. Darüber hinaus darf die zu erfüllende hoheitliche Aufgabe zu dem Verkehrsverstoß nicht außer Verhältnis stehen.

Diese Auffassung hat das **Kammergericht im Urteil vom 25.4.2005 – 12 U 123/04** – vertreten. In dem konkreten Fall hatte das Einsatzfahrzeug eine Einbahnstraße in der verbotenen Richtung benutzt und dabei einen Fußgänger erfasst. Dieser Fußgänger war nicht verpflichtet gewesen, vor dem Überqueren der Fahrbahn auch nach links zu schauen.

Dr. O.

Polizist darf nicht früher in Pension : Grundsätzliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte ist verfassungsgemäß

Das OVG entscheidet jetzt: Es ist mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn und dem Gleichheitssatz vereinbar, dass einige Polizeibeamte bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres in Ruhestand treten, während andere erst mit 61 bis 65 Jahren pensioniert werden.

Es obliege dem Gesetzgeber, diejenigen Tätigkeiten im Polizeidienst zu bestimmen, die nach wie vor besondere, d.h. im Verhältnis zum allgemeinen Verwaltungsdienst erhöhte Anforderungen an das Leistungsvermögen stellten. Dabei dürfe er sich zugleich auch von dem Anliegen einer Kosten sparenden Personalwirtschaft leiten lassen.

Nach diesen Maßstäben könne die gesetzgeberische Entscheidung, eine verkürzte Lebensarbeitszeit zwar für Beamte, die im Wechselschichtdienst, nicht aber für Beamte, die im Bereitschaftsdienst eingesetzt gewesen seien, vorzusehen, nicht beanstandet werden. Sie trage vor allem auch der den Beamten verfassungsrechtlich geschuldeten Fürsorge gebührend Rechnung. Der Wechselschichtdienst sei typischerweise mit größeren gesundheitlichen und sozialen Belastungen als der Bereitschaftsdienst verbunden. Er fordere von den Beamten nicht nur eine ständige Umstellung des Dienst- und Lebensrhythmus, sondern verhalte sich zum Großteil auch antizyklisch zum natürlichen menschlichen Biorhythmus und zum Sozialleben im privaten Umfeld. Einer vergleichbaren Belastung seien nach ebenfalls vertretbarer Einschätzung des Gesetzgebers die Polizeibeamten ausgesetzt, die an den besonderen polizeilichen Einsätzen der Spezialeinheiten teilnahmen oder zum fliegenden Personal der Hubschraubereinheit gehörten.

OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 10.06.2005, 2 A 10187/05.OVG

Bußgeldbescheid: Die Firma des Vaters ist nicht die richtige Adresse

Wird der Bußgeldbescheid über ein einmonatiges Fahrverbot und eine Geldstrafe nicht an die Wohnadresse des Verkehrssünder geschickt, sondern dem Vater in des-

sen Firma übergeben, so gilt der Bescheid als nicht ordnungsgemäß zugestellt und damit als unwirksam. Daran ändert nichts, dass der Autofahrer zwar unter dieser Adresse gemeldet ist, jedoch seit längerer Zeit woanders lebt.

Oberlandesgericht Koblenz, 1 Ss 341/04 W. B

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?



GdP-Bundesvorstand
Bundesvorsitzender:
Konrad Freiberg
Stellv. Bundes-

vorsitzende:

Bernhard Witthaut,
Heinz Kiefer, Hugo Müller,
Kerstin Philipp

Geschäftsführerin:

Alberdina Körner
Verantwortliche Redakteurin
DEUTSCHE POLIZEI

(Bundesteil):

Marion Tetzner

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek

Kontakt:

Geschäftsstelle Berlin:

Stromstr. 4, 10555 Berlin
Tel.: 030-399921-0,
Fax: 030-399921-200
gdp-bund-berlin@gdp-online.de,
www.gdp.de

Geschäftsstelle Hilden:

Forststr. 3a,
40721 Hilden
Tel.: 0211-7104-0,
Fax: 0211-7104-222
gdp-bund-berlin@gdp-online.de,
www.gdp.de



Landesbezirk Baden-Württemberg

Vorsitzender:

Josef Schneider

Stellv. Vorsitzende:

Christina Falk, Karl-

Heinz Strobel, Rüdiger Seiden-

spinner

Geschäftsführer:

Ralf Knospe

Landesredakteur:

Wolfgang Schmidt

Mitgliederverwaltung:

Angelika Burckhardt

Kontakt:

Maybachstr. 2,
71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879-0,
Fax: 07042-879-211,
info@gdp-bw.de,
www.gdp-bw.de



Landesbezirk Bayern

Vorsitzender:

Harald Schneider

Stellv. Vorsitzende:

Peter Schall, Erika

Engl, Heinz Kiefer, Klaus

Kozuch

Geschäftsführer: ohne

Aufgaben werden wahrgenom-

men von:

Christian Hofstätter (Justiziar)

Alexander Baschek

(Organisationssekretär)

Landesredakteur:

Bernd Fink

Mitgliederverwaltung:

Terry Kasper

Kontakt:

Hansastr. 17,
80686 München
Tel.: 089-578388-01,
Fax: 089-578388-10
landesbezirk@gdpbayern.de,
www.gdpbayern.de



Landesbezirk Berlin

Vorsitzender:

Eberhard Schönberg

Stellv. Vorsitzende:

Detlef Rieffenstahl,
Peter Trapp, Rita Grätz,

Kerstin Philipp

Geschäftsführer:

Klaus Eisenreich

Landesredakteur:

Wilfried Püschel

Mitgliederverwaltung:

Marion Lindhorst

Kontakt:

Kurfürstenstr. 112,
10787 Berlin
Tel.: 030-210004-0,
Fax: 030-210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de,
www.gdp-berlin.de



Bezirk Bundespolizei

Vorsitzender:

Josef Scheuring

Stellv.

Vorsitzende:

Jörg Radek, Sven Hüber,

Erwin Müller

Geschäftsführer:

Dr. Hartmut Kühn

Landesredakteur:

Martin Schmitt

Mitgliederverwaltung:

Irene Kurowski

Kontakt: Forststr. 3a,

40721 Hilden

Tel.: 0211-7104-0,

Fax: 0211-7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de,

www.gdp-bundespolizei.de

www.gdp-bundesfinanzpolizei.de



Bezirk Bundes-

kriminalamt

Vorsitzender:

Winfried Wahlig

Stellv. Vorsitzende:

Arno Falk, Günter

Schlegelmilch, Uwe Broßmann,

Oliver Fricke

Geschäftsführer: ohne

Landesredakteur:

Alexander Gauch

Mitgliederverwaltung:

Gerti von Kahlen,

Susanne Steinfatt

Kontakt:

Sonnenberger Str. 83,

65191 Wiesbaden

Tel.: 0611-374394,

Fax: 0611-309345

gdp-bka@gdp-online.de,

www.gdp-bka.de



Landesbezirk

Brandenburg

Vorsitzender:

Andreas Schuster

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Andreas

Bernig, Petra Schäuble, Dirk

Huthmann, Frank Schneider (Tarif)

Geschäftsführer:

Michael Peckmann

Landesredakteur:

Frank Schneider

Mitgliederverwaltung:

Silvia Behrendt

Kontakt:

Rudolf-Breitscheid-Str. 64,

14482 Potsdam

Tel.: 0331-74732-0,

Fax: 0331-74732-99

gdp-brandenburg@gdp-online.de,

www.gdp-brandenburg.de



Landesbezirk Bremen

Vorsitzender:

Horst Göbel

Stellv. Vorsitzende:

Heinfried Keithahn,

Elisabeth Uzunoglu, Reiner

Wöbken

Geschäftsführer: ohne

Aufgaben werden wahrgenom-

men von:

Dr. Claudia Albrecht-Sautter

(Gewerkschaftssekretärin)

Landesredakteur:

Wolfgang Ahlers

Mitgliederverwaltung:

Anne Bauer

Kontakt:

Bgm.-Smidt-Str. 78,

28195 Bremen

Tel.: 0421-949585-0,

Fax: 0421-949585-9

info@gdp-hb.de,

www.gdp-bremen.de



Landesbezirk Hamburg

Vorsitzender:

André Bunkowsky

Stellv. Vorsitzende:

Klaus-Peter Leiste,

Rolf Thiel

Geschäftsführer:

Jürgen Lamp

Landesredakteur:

Jörn Clasen

Mitgliederverwaltung:

Karin Hopp

Kontakt:

Hindenburgstr. 49,

22297 Hamburg

Tel.: 040-280896-0,

Fax: 040-280896-18

gdp.hamburg@t-online.de,

www.gdp-hamburg.de



Landesbezirk Hessen

Vorsitzender:

Jörg Bruchmüller

Stellv. Vorsitzende:

Erika Büttner, Jörg

Schumacher,

Lothar Hölzgen, Jens Mohrherr

Geschäftsführerin:

Marita Matthes

Landesredakteur: Ewald Gerke

Mitgliederverwaltung:

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?

Regine Hillenbrand

Kontakt:

Wilhelmstr. 60 a,
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-99227-0,
Fax: 0611-99227-27
GDPHessen@t-online.de,
www.gdp-hessen.de



**Landesbezirk
Mecklenburg-
Vorpommern**
Vorsitzender:
Michael Silkeit
Stellv.

Vorsitzende: Manfred Seegert,
Renate Randel, Siegmar
Brandt
Geschäftsführer: ohne
Landesredakteur:
Jana Kleiner
Mitgliederverwaltung:
Rita Vick
Kontakt:
Graf-Schack-Allee 20,
19053 Schwerin
Tel.: 0385-208418-0,
Fax: 0385-208418-11
gdpmv@gdp-online.de,
www.gdp.de/Mecklenburg-
Vorpommern

Niedersachsen

Landesbezirk Niedersachsen

Vorsitzender:

Bernhard Witthaut
Stellv. Vorsitzende:
Dietmar Schilff, Elke Gündner-
Ede, Frank Jürges
Geschäftsführer:
Peter Kabus
Landesredakteur:
Uwe Robra
Mitgliederverwaltung:
Gudrun Rohowski
Kontakt:
Berckhusenstr. 133 a,
30625 Hannover
Tel.: 0511-53037-0,
Fax: 0511-53 037-50
gdp-niedersachsen@gdp-
online.de,
www.gdp.de/Niedersachsen



**Landesbezirk
Nordrhein-
Westfalen**
Vorsitzender:
Frank Richter
Stellv. Vorsitzende:

Peter Hugo, Herbert Uebler,
Brigitte Herrschaft
Geschäftsführer:
Heinz Rump
Landesredakteurin:
Birgit Welz
Mitgliederverwaltung:
Mirjam Dasberg,
Angelika Dorprigter
Kontakt: Gudastr. 5-7,
40625 Düsseldorf
Tel.: 0211-29101-0,
Fax: 0211-29101-46
info@gdp-nrw.de,
www.gdp-nrw.de



**Landesbezirk
Rheinland-Pfalz**
Vorsitzender:
Ernst Scharbach
Stellv. Vorsitzende:
Hermann-Josef

Barz, Bernd Becker,
Annemarie Grindel,
Helmut Knerr
Geschäftsführer:
Thomas Will
Landesredakteur:
Jürgen Moser
Mitgliederverwaltung:
Ralf Schreiber, Heinz-Werner
Gabler, Claudia Cloot
Kontakt:
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15,
55129 Mainz
Tel.: 06131-96009-0,
Fax: 06131-96009-99
gdp-rheinland-pfalz@gdp-
online.de,
www.gdp-rp.de



**Landesbezirk
Saarland**
Vorsitzender:
Hugo Müller
Stellv.
Vorsitzende: Rein-
hold Schmitt,

Michael Andrae, Ralf Porzel,
Christof Baltes
Geschäftsführer: ohne
Aufgaben werden wahrgenom-
men von:

Lothar Schmidt
(Gewerkschaftssekretär)

Landesredakteur:

Dirk Schnubel
Mitgliederverwaltung:
Sylvia Schuhe
Kontakt:
Kaiserstr. 258,
66133 Saarbrücken
Tel.: 0681-84124-10,
Fax: 0681-84124-15
gdp-saarland@gdp-online.de,
www.gdp-saarland.de



**Landesbezirk
Sachsen**

Vorsitzender:
Matthias Kubitz
**Stellv. Vorsitzen-
de:** Brigitte

Kühnert, Matthias Büschel,
Peer Oehler, Frank Drechsler
Geschäftsführer: ohne
Aufgaben werden wahrgenom-
men von:
Jörg Dressler (Büroleiter)
Landesredakteur:
Uwe Kleine
Mitgliederverwaltung:
Heike Lorenz
Kontakt:
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Tel.: 035204-687-11,
Fax: 035204-687-50
gdp@gdp-sachsen.de,
www.gdp-sachsen.de



**Landesbezirk
Sachsen-
Anhalt**

Vorsitzender:

Karsten Schmidt
Stellv. Vorsitzende:
Thomas Friedrich, Bernd
Dudka, Karl-Heinz Fischer
(Tarif)
Geschäftsführer: ohne
Aufgaben werden wahrgenom-
men von:
Frank Schröder (Organisations-
sekretär)
Landesredakteur:
Lothar Jeschke
Mitgliederverwaltung:
Karin Graf, Barbara Kühne
(Rechtsschutz)

Kontakt:

Halberstädter Str. 120,
39112 Magdeburg
Tel.: 0391-61160-10,
Fax: 0391-61160-11
lsa@gdp-online.de,
www.gdp-sachsen-anhalt.de



**Landesbezirk
Schleswig-
Holstein**

Vorsitzender:
Oliver Malchow
Stellv. Vorsitzende:

Manfred Börner, Sylvio
Arnoldi
Geschäftsführer:
Karl-Hermann Rehr
Landesredakteur:
Thomas Gründemann
Mitgliederverwaltung:
Nicole Jelinsky
Kontakt:
Sedanstr. 14 d,
24116 Kiel
Tel.: 0431-17091,
Fax: 0431-17092
gdp-schleswig-holstein@gdp-
online.de, www.gdp-sh.de



**Landesbezirk
Thüringen**

Vorsitzender:
Jürgen Schlutter
**Stellv. Vorsitzen-
de:** Edgar Große,

Hans-Jürgen Stahn, Manuela
Günther (Tarif)
Geschäftsführer: ohne
Aufgaben werden wahrgenom-
men von:
Eberhard Görling
(Gewerkschaftssekretär)
Landesredakteur:
Edgar Große
Mitgliederverwaltung:
Sieglinde Exel
Kontakt:
Juri-Gagarin-Ring 153,
99084 Erfurt
Tel.: 0361-59895-0,
Fax: 0361-59895-11
gdp-thueringen@gdp-online.de,
www.gdpthueringen.de

Und morgen die ganze Welt – Der Masterplan der Djihad-Terroristen

Zu den angeblich bedrohten Ländern gehören laut Bin Laden Bosnien, Burma, Tschetschenien, Eritrea, Äthiopien (Ogaden), Indien (Assam), Irak, Kaschmir, Libanon, Palästina, die Philippinen, Saudi-Arabien, Somalia, Tadschikistan und Thailand (Pattani), aber auch Afghanistan, Ost-Timor, Ägypten und der Sudan.

Die an den Muslimen „auf ihrem eigenen Boden begangenen Verbrechen“ bewogen Bin Laden schon 1996 zu einer Kriegserklärung an die „Ungläubigen“. In dieser an seine „muslimischen

Die Länder der Muslime würden von den „Juden und Kreuzfahrern“ angegriffen, besetzt und ausgebeutet. Frauen und Kinder würden im Gebiet des Islam in großer Zahl getötet werden – diese Horrorvision von „weltweiten zionistisch-amerikanischen Aggressionen der Juden und Kreuzfahrer“ verkündet der al-Qaida-Gründer Osama Bin Laden seinen „Glaubensbrüdern“ und deklariert diesen „Masterplan der Ungläubigen“ als „klare Kriegserklärung an Gott und seinen Gesandten und an die Muslime“.

weiten Guerillakrieg konzentrieren. In diesem wäre es persönliche Glaubenspflicht jedes Muslims, der dazu in der Lage sei,

der „Verbrechen“ versagt hatten, blieb als letzte Lösung der Heilige Krieg – ein „defensiver“ Djihad – mit dem Ziel, die Ungläubigen so lange zu bekämpfen, „bis ihre Streitkräfte alle islamischen Gebiete verlassen, besiegt und unfähig, irgendeinen Muslim zu bedrohen“.

Für den al-Qaida-Führer ist der bewaffnete Kampf nicht die einzige Form des defensiven Djihad. Auch der Wirtschaftskrieg (insbesondere der Boykott amerikanischer Güter) und der ideologische Kampf gehören dazu – vor allem für jene Muslime, die nicht in der Lage waren und sind, am bewaffneten Kampf teilzunehmen. In diesem Djihad, der mit „schnell beweglichen leichten Streitkräften, die unter völliger Geheimhaltung arbeiten“, geführt und dessen psychologische Kriegführung (Macht der Bilder) auf hohem – vom Westen oft noch unterschätzt – Niveau geführt wird, werden modernste Mittel und Techniken (auch mit nachrichtendienstlicher Anbindung) eingesetzt, die mit archaischen Praktiken wie gezielter Geiselnahme und kontrolliertem „Märtyrereinsatz“ (= Selbstmordattentat) kombiniert werden.

Die Phasen zur „Übernahme der Welt“ sind genau geplant

Der jordanische Journalist Fouad Hussein interviewte letztes Jahr Angehörige der zweiten al-Qaida-Generation – von Führungsoffizieren des Netzwerks der Djihad-Terroristen bis hin zu Abu Mussab al-Zarqawi im Irak – für ein Buch –. In diesem bis dato nur in arabischer Sprache erschienenen Werk* beschreibt er den „Masterplan der Gläubigen“, dessen Ziel in der Übernahme der Welt und deren Umwandlung in einen islamischen (Gottes)Staat besteht. Setzte die erste al-Qaida-Generation auf einen „defensiven“ Djihad, will die zweite Generation einen „offensiven“ Djihad führen. In sieben Phasen wollen sie ihren Masterplan bis zum Jahr 2020 wie folgt erfüllen:

Phase 1 ist die „Erweckung“ (awakening) des Bewusstseins der Muslime in Folge der 9/11-Anschläge. Das Ziel dieser Attacken war es, die USA zu einer Kriegserklärung gegenüber der islamischen Welt zu provozieren und dadurch die Radikalen zu mobilisieren.

Phase 2 ist die der „geöffneten Augen“ (Opening Eyes); das ist die Periode, in der wir uns zurzeit befinden und die bis 2006 dauern könnte. In dieser Zeit hofft man, die westliche „Verschwörung“ (al-Muamarah) der Gemeinschaft aller Muslime (umma) bewusst machen zu können. Al-Qaida fährt in dieser Zeit fort, seine geheimen Bataillone zu formen, die dann für die Schlacht bereit wären.

Phase 3 – „Erhebung und Aufstand“ (Arising and standing up), soll von 2007 bis 2010 dauern – mit stärker bzw. häufiger werden den Attacken insbesondere ge-



Osama Bin Laden und seine Getreuen verfolgen stringent ihr fanatisches Ziel: Übernahme der Welt und deren Umwandlung in einen islamischen (Gottes)staat. Es wäre ein verheerender Fehler, ihre Ankündigungen nicht gebührend ernst zu nehmen.
Foto: ddp

Brüder in der ganzen Welt im Allgemeinen und auf der arabischen Halbinsel im Besonderen“ adressierten Sendbotschaft riet er wegen der „überwältigenden militärischen Überlegenheit des Feindes“, von einer konventionelle Kriegführung ab. Stattdessen sollten sie sich auf einen welt-

„die Amerikaner und ihre Verbündeten, Zivilisten und Militärs zu töten“, wo und wann immer dies möglich sei, hieß es nur zwei Jahre später.

Da aus Sicht der Führung der ersten al-Qaida-Generation alle friedlichen Mittel zur Beilegung

gen die säkulare Türkei und den „Erzfeind“ Israel.

Phase 4 soll zwischen 2010 und 2013 zum Untergang der verhassten arabischen Regime führen, einschließlich der Königreiche von Saudi-Arabien und Jordanien. Es werden die Öllieferanten angegriffen und die US- Wirtschaft gezielt durch Cyberterrorismus getroffen.

Phase 5 wird der Zeitpunkt sein, an welchem ein islamischer Staat oder ein Kalifat ausgerufen werden kann, wohl in der Zeit zwischen 2013 und 2016. Erstrebt wird (von den Radikal-Islamisten) ein Kalifat in Anlehnung an

die idealisierte Anfangszeit (632 bis 661) der vier ersten – „rechtgeleiteten“ – Nachfolger (arab. khalifa) des Propheten Mohammed, dem historischen Khalifat-e-Rashida.

Phase 6, die 2016 beginnt, wird eine Periode der „totalen Konfrontation“ sein. Sobald das Kalifat ausgerufen wurde, wird die „islamische Armee“ den Kampf zwischen den Gläubigen und Ungläubigen schüren, etwas, was durch den al-Qaida-Begründer oft vorhergesagt wurde. Unter Rückgriff auf eine Formulierung Sayyid Qutbs, dem wohl einflussreichsten Chefideologen der Muslimbruderschaft, hatte

Osama Bin Laden schon vor Jahren erklärt: „Dieser Krieg ist im Wesentlichen ein Religionskrieg, also einer zwischen Glauben (Iman) und dem internationalen Unglauben (al-Kufr al-Alami)“.

Phase 7 als letzte Stufe wird als „definitiver Sieg“ beschrieben. In den Augen der Djiha-Terroristen, so Hussein, wird das Kalifat zweifellos erfolgreich sein, „denn der Rest der Welt wird so am Ende durch eineinhalb Milliarden Muslime niedergeworfen sein“.

Die Phase soll 2020 abgeschlossen sein, obgleich der letzte Krieg – die „Endschlacht“ (von Armageddon) – eigentlich

nicht länger als zwei Jahre dauern soll.

Es mag streitig sein, ob dieser Masterplan tatsächlich in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten bis 2020 erfüllt werden kann. Unstreitig hingegen ist heute die Einschätzung, dass der asymmetrisch geführte globale Djiha auf eine lange Zeit – Jahrzehnte bis Generationen – angelegt ist und dementsprechend die freie Staatenwelt/Völkergemeinschaft nicht nur permanent bedroht, sondern einer wirklich langfristigen Herausforderung aussetzt.

Yael Shahar, Projektleiterin am Institute for Counter-

Terrorism in Herzliya/Israel sagte zum Bedrohungszeitraum in einem Interview im November 2005: „Al-Qaida wird zumindest für die nächsten vierzig Jahre existieren, mindestens.“

Für den harten Kern der Dihad-Terroristen zählt jeder zu den „Feinden des Islam“, der die reine Lehre des Ur-Islam und die Wiederherstellung der islamischen Ordnung in Staat und Gesellschaft sowie die Schaffung eines islamischen Großreiches ablehnt bzw. seine Mithilfe verweigert.

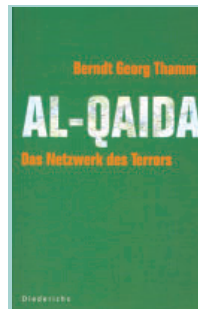
Für diese Feinde gelten keine Schutzfaktoren: weder die Religion (auch nicht der Islam), noch die ethnische oder Staats-

zugehörigkeit, das Alter oder Geschlecht und der Gesundheitszustand.

Auch Deutschland zählt zu den „Feinden“, was uns nicht zuletzt durch Islamisten-Prozesse im Inland, ermordete Bundeswehrosoldaten am Hindukusch und erste Geiselnahmen am Golf deutlich vor Augen geführt wird.

** Auf den brisanten Inhalt des Buches von Fouad Hussein machte der Artikel „Al-Qaida 7-stage masterplan for terror campaign for global Caliphate“ in „The Age“ (Melbourne, Australien) am 24. August 2005 aufmerksam.*

Berndt Georg Thamm



Über 50 Informationsveranstaltungen bestritt der Autor Berndt Georg Thamm zwischen 2001 und 2005 allein

für Polizeibeamte/innen und Bundeswehrosoldaten/innen zum Thema Dihad-Terrorismus. Sein 2005 erschienenes Buch „AL-QAIDA“ ist die Antwort auf die wichtigsten Fragenkomplexe der Teilnehmer/innen. So geht er zunächst

auf die „Wurzeln des Hasses“ ein von den Kreuzzügen im Mittelalter bis zum jüngsten Golfkrieg. Mit der Speerspitze des Dihad und anderen Lehrern des Heiligen Krieges beschäftigt sich Thamm im zweiten Teil seines informationsreichen Sachbuches. Der dritte Teil ist den „Vollstreckern des Heiligen Krieges“ gewidmet, den Managern des Dihad und den Strategen des globalen Netzwerkterrorismus.

AL-QAIDA – Das Netzwerk des Terrors, Berndt Georg Thamm, Hugendubel/Diederichs Verlag, 246 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 3720526364

Österreich ist voll im Zeitplan

Während die bisherigen Bemühungen für ein digitales Bündelfunksystem für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Österreich u. a. im Juni 2003 an der Auflösung des „Adonis“-Vertrages zwischen der Firma „master-talk“ und dem Innenministerium scheiterte, konnte mit einer Neuausrichtung und einer Neuausschreibung ein neues Projekt „Digitalfunk-BOS-Austria“ gestartet werden.

Nach einer europaweiten Ausschreibung und mehreren Verhandlungsrunden mit verschiedenen Bietern, konnte im Juni 2004 der Vertrag zum Aufbau eines digitalen TETRA-Funksystems für die BOS in Österreich unterzeichnet werden.

TETRA wurde gemeinsam von führenden Herstellern, Systemhäusern, Netzbetreibern und dem „Europäischen Institut für Telekommunikation und Standardisierung“ ETSI speziell für die Anforderungen der BOS entwickelt.

Den Auftrag ein TETRA-System aufzubauen erhielt Tetron, ein Konsortium der Firmen Alcatel Austria und Motorola, als Best- und Billigstanbieter, so das österreichische BM.I.

Mit Start des neuen Projektes führte das BM.I Gespräche mit den Ländern und den verschiedenen Einsatzorganisationen über eine Teilnahme an der Nutzung des neuen Systems.

Die Verträge mit den Ländern sehen folgendes Beteiligungsmodell vor:

Das jeweilige Bundesland stellt die Standorte für die Unterbringung der Basisstationen bereit. Damit wird dem Land und dessen Einsatzorganisationen die kostenlose Nutzung des Systems ermöglicht. Die Bundesländer können aber auch die Betreibergesellschaft (Tetron) damit beauftragen, die Standorte zu errichten. In diesem Fall wird ein monatliches Entgelt fällig.

Die Beschaffung der Funkgerä-



Das Bundesland Tirol habe eine Vorreiterrolle für ganz Österreich übernommen, so Österreichs Innenministerin Liese Prokop Anfang Januar in Innsbruck, als sie das neue Digitalfunknetz für das Bundesland Tirol präsentierte.

Foto: Müller

te kann ebenfalls über die Betreibergesellschaft oder aber auf dem freien Markt erfolgen.

Aus einsatztaktischen und organisatorischen Gründen erfolgt der Aufbau des gemeinsamen Netzes nach Bundesländern.

Gleich zu Beginn war das Bundesland Tirol Projektpartner des BM.I. Sichergestellt wurde, dass

die Bedürfnisse und Anforderungen aller künftigen Anwender erfüllt werden.

Bereits am 4. Januar 2006 konnte Innenministerin Liese Prokop in Innsbruck das neue Digitalfunknetz für das Bundesland Tirol präsentieren. Tirol habe eine Vorreiterrolle für ganz Österreich übernommen, so die Innenministerin.

Durch die enge Partnerschaft zwischen Tirol und dem BM.I sei es gelungen, den Zeitplan exakt einzuhalten. In Tirol wurden insgesamt 170 Funkstandorte gebaut und 1.369 digitale Funkgeräte an die Tiroler Polizeidienststellen ausgegeben.

Am 27. Juni 2005 hatte Wiens Bürgermeister Michael Häupl die Zusage für den Ausbau eines digitalen Funknetzes in Wien unterzeichnet. Der Ausbau war ursprünglich bis Mitte 2006 vorgesehen. Die Terroranschläge in London und die EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 haben jedoch dazu geführt, den Ausbau zu beschleunigen,

um bereits Anfang 2006 die Bundeshauptstadt mit Digitalfunk – auch im „Untergrund“ – auszustatten. Der gesamte U-Bahnbereich wird damit funktechnisch versorgt sein.

Am 10. Januar 2006 wurde das Wiener Digitalfunknetz, das die Bundesinnenministerin der Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt hatte, in Betrieb genommen.

Besonders wichtig sei gewesen, den Korridor in Richtung Flughafen komplett auszubauen, denn das erhöhte Sicherheitsbedürfnis gelte ja bekanntlich für Bürger und Staatsgäste gleichermaßen, so der Geschäftsführer von Tetron.

Das gesamte oberirdische Wiener Digitalfunknetz wird von 23 Funkstandorten abgedeckt. Von den geplanten 45 unterirdischen Standorten sind die 10 wichtigsten in Betrieb, die restlichen sollen kurzfristig folgen.

3.117 digitale Funkgeräte wurden für die Wiener Polizei beschafft und weitere 632 Geräte für Sondereinheiten für den Zeitraum der EU-Präsidentschaft.

Auch die Länder Steiermark und Niederösterreich betreiben den Aufbau eines digitalen Funknetzes. Während Niederösterreich im 2. Quartal 2007 digital funken soll, wird das digitale Funknetz in der Steiermark im 1. Quartal

2008 zur Verfügung stehen. Dann jedoch wären bereits 58 % des österreichischen Bundesgebietes mit der neuen Funktechnologie versorgt. Der Endausbau für die übrigen Länder soll Ende 2009 abgeschlossen sein.

Der Vollausbau soll rund 133 Millionen Euro kosten und ist damit fast 50 % günstiger als das ursprünglich geplante System, so die Innenministerin. 80 % von den Kosten trägt das Innenministerium, 20 % sollen die Länder zahlen. Fast ein Viertel der Gesamtkosten fällt durch die gebirgige Topografie im Bundesland Tirol an.

HMue

Bulgarische Polizei vor großen Herausforderungen

Am 7. und 8. Dezember 2005 konnte sich EuroCOP Präsident Heinz Kiefer in der bulgarischen Hauptstadt Sofia einen persönlichen Eindruck von den Fortschritten der bulgarischen Polizei auf dem Weg des Landes in die Europäische Union machen. Grund des Besuchs in Sofia war eine Einladung des Vorsitzenden der Bulgarischen Polizeigewerkschaft, Emil Rashev, der sich mit der Bitte um Unterstützung an EuroCOP gewandt hatte. Im Zuge der Polizeireform in Bulgarien ging es darum, wichtige Rechte der Personalvertretung, sowie eine Anerkennung der Gewerkschaft als Verhandlungspartner der Regierung sicherzustellen.

zialen Absicherung der Beamten – bei Dienstunfällen sind Polizisten in Bulgarien bisher kaum ab-

Nikolaj Slatinski, konnten für nach wie vor brennende Fragen der wirksamen Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität erörtert werden. Zentrale Forderung der Gewerkschaft hier ist die Verbesserung der Versorgung der Beamten sowie die Schaffung eines transparenten und auf Qualifikation basierenden Beförderungsrechts. Gerade in diesem Bereich sind dringende Verbesserungen erforderlich, wenn das öffentliche Image der Polizei verbessert werden soll.

Dienstrecht und eine gute soziale Absicherung der Polizistinnen und Polizisten mindestens ebenso wichtige Faktoren bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption sind.

Bei der abschließenden Pressekonferenz am Flughafen von Sofia bedankte sich Emil Rashev im Namen der Polizeigewerkschaft bei Heinz Kiefer für die Unterstützung durch EuroCOP. Die Polizei in Bulgarien steht vor enormen Herausforderungen, die sich auf die Situation der Beschäftigten auswirken: „Eine Reform jagt die andere und was heute gilt, kann sich morgen schon wieder geändert haben“, so der Kommentar eines bulgarischen Kollegen.

Gerade um mit der Unsicherheit, die aus dieser Bemerkung spricht, umgehen zu können, sind die Kolleginnen und Kollegen der bulgarischen Polizei auf eine starke Personalvertretung und eine anerkannte Gewerkschaft angewiesen, die dafür Sorge trägt, dass ihre Rechte bei den Reformen nicht untergehen – letztlich zum Nutzen der Bürger, die sich auf die Polizei zum Schutz ihrer Rechte verlassen können müssen.

ju



Nach dem Treffen mit dem Innenminister: Katia Ganeva, NPS (Nationalen Politzeyski Syndikat) Bulgarien; Emil Rashev, President NPS Bulgarien; Innenminister Rumen Petkow; EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer (v. l. n. r.) Foto: Vellemann

Das Besuchsprogramm war dann auch entsprechend dicht gedrängt: Nach einem ersten Treffen mit der Gewerkschaftsführung stand zunächst ein Treffen mit dem Nationalen Polizeidirektor Valentin Petrov auf dem Programm. Mit Petrov wurde neben Fragen einer besseren so-

gesichert – auch die Abkehr vom bisherigen militärischen Rangsystem in der Polizei diskutiert.

Eine prominente Rolle als steter Ermahner der Politik spielt in Bulgarien der Präsident der Republik, Georgi Parwanow. Mit seinem Sicherheitsberater,

Im anschließenden Treffen mit dem Innenminister Rumen Petkow, zu dem ebenfalls sein Stellvertreter gekommen war, standen diese Themen im Vordergrund.

Auch hier warb Kiefer dafür, dass eine Polizeireform sich nicht nur an operativen und technischen Anforderungen orientieren darf, sondern dass eine adäquate Bezahlung, transparentes

Frauen bei Bildung vorn – Kluft bei Einkommen und Arbeitszeit

Hier ein kurzer Überblick über Trends, die der Frauen-DatenReport widerspiegelt:

Frauen haben bei der Bildung stark aufgeholt. 2004 hatten 40,6 Prozent der 25- bis unter 30-jährigen Frauen und 37,8 Prozent der gleichaltrigen Männer ihre Schulausbildung mit dem Abitur abgeschlossen. Bei Hochschulabschlüssen sind Frauen und Männern gleich stark vertreten.

- Bei der Wahl von Ausbildungsberufen und Studienfächern gibt es nach wie vor erhebliche Differenzen. Frauen konzentrieren sich auf Sozial- und Dienstleistungsberufe sowie auf kultur- oder sprachwissenschaftliche Fächer, die in unserer Gesellschaft geringer bewertet und bezahlt werden. Damit vollzieht sich eine entscheidende Weichenstellung, die mit beeinflusst, dass Frauen später geringere Karrierechancen haben.

Lebens- und Berufschancen sind nach wie vor zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt. Diese Ungleichheit äußert sich heute anders als noch vor fünf bis zehn Jahren. Das zeigt der soeben erschienene FrauenDatenReport 2005* des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

- Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ist seit dem Jahr 2000 fast vollständig zum Erliegen gekommen. Die Erwerbs-

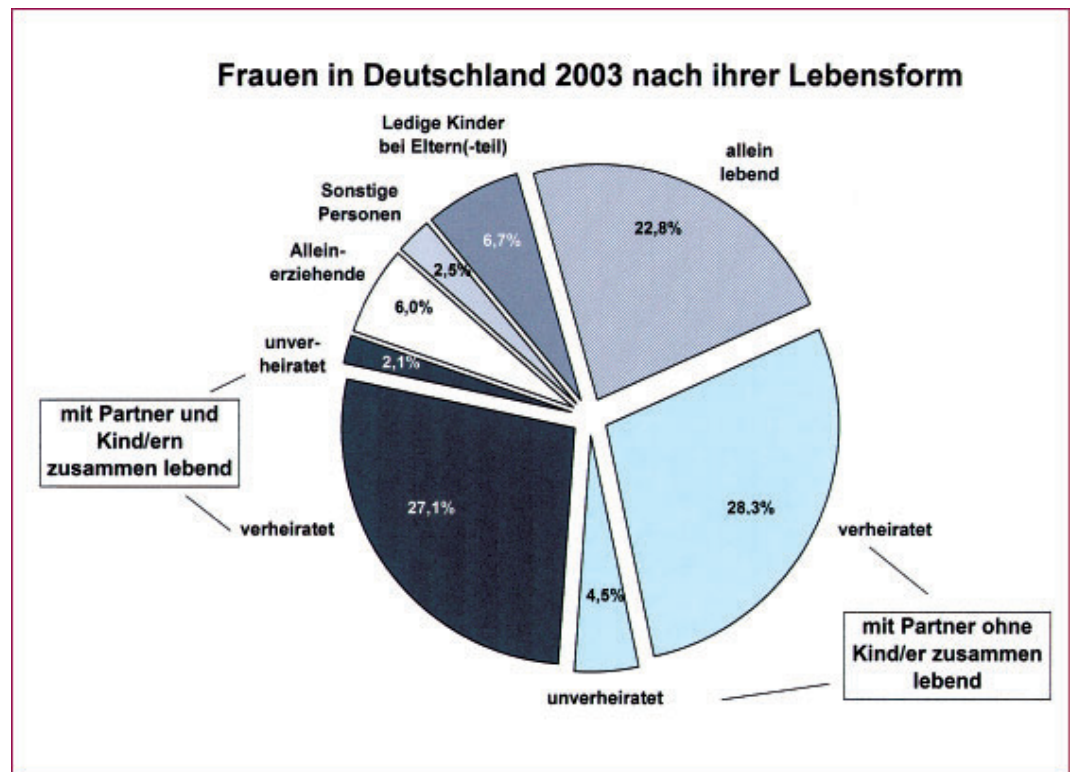
der Frauen in Teilzeitjobs um 1,8 Millionen stieg.

- Entsprechend öffnete sich

30,8 Stunden. Drastisch stieg der Anteil der Frauen, die lediglich sehr kurze Teilzeit-Jobs unter 15 Stunden in der Woche haben – von knapp sechs Prozent 1991 auf 13 Prozent 2003.

* Der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen, hat sich seit 2001 gut verdoppelt – allerdings lediglich von zwei auf fünf Prozent. In Finnland und Dänemark nimmt hingegen jeder zehnte, in

Neben 60.000 aktuellen Daten und Fakten liefert der WSI-Frauen DatenReport Analysen zu sieben zentralen Themenfeldern: demografische Entwicklung, Bildung, Arbeitsmarkt, Arbeitszeiten, Einkommen, soziale Sicherung sowie Politik und Gesellschaft. Die Themen bezogenen Analysen greifen verstärkt die europäische Dimension auf. Ergänzt wird der Report durch eine CD-ROM mit umfangreichen Datentabellen.



tätigenquote der Frauen in Deutschland lag 2004 mit knapp 60 Prozent im Vergleich der 25 EU-Länder nur an zehnter Stelle.

* Der Beschäftigungszuwachs der Frauen in den 90er Jahren erklärt sich allein aus Zuwächsen bei der Teilzeitarbeit. Zwischen 1991 und 2004 sank die Zahl der Vollzeit beschäftigten Frauen um 1,6 Millionen, während die Zahl

die Schere zwischen den durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen weiter: 1991 arbeiteten Männer in Westdeutschland rund acht Stunden länger als Frauen. Im Osten betrug der Unterschied drei Stunden. Bis 2004 wuchs die Differenz auf zehn Stunden im Westen und fünf Stunden im Osten. Im gesamtdeutschen Durchschnitt arbeiten Männer 40,2 Stunden, Frauen dagegen nur

Schweden sogar jeder dritte Vater Elternzeit (in diesen Ländern verfällt ein Teil der Elternzeit, wenn er nicht vom Vater genommen wird).

* Das durchschnittliche Einkommen von Frauen mit Vollzeittätigkeit liegt in Deutschland weiter erheblich unter dem der Männer. In Westdeutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger, in Ost-

WSI-FRAUENDATENREPORT

deutschland etwa 10 Prozent. Der Aufholprozess ist in den letzten zehn Jahren sogar ins Stocken geraten. Daran haben die besseren formalen Bildungs-

leistungen der Frauen wenig ändern können. Unter den 25 EU-Ländern gibt es nur zwei, in denen die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern noch größer ist als

in Deutschland: Estland und die Slowakei.

Silke Bothfeld, Ute Klammer, Christina Klenner, Simone Leiber,

Anke Thiel, Astrid Ziegler: WSI-FrauenDaten Re-port 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, edition sigma, Berlin

Nikolaus-Crosslauf der Berliner Polizei gerettet

Neu beim 47. „Nikolaus-Crosslauf der Berliner Polizei“ war, dass er erstmals gemeinsam mit der Bundeswehr ausgerichtet wurde. Der 5.000-m-Traditionslauf, 2003 letztmalig in der Polizeiunterkunft Schulzendorf in Berlin-Tegel ausgetragen, hat bereits Sportgeschichte geschrieben: 1952 ins Leben gerufen, lockte die Veranstaltung Ende der neunziger Jahre regelmäßig bis zu 2.000 Teilnehmer an den Start.

Vor dem Aus

Doch dann stand plötzlich die künftige Austragung der belieb-

eines Reservisten an General Victor von Wilcken zu verdanken. Um den Cross-Lauf am Leben zu erhalten empfahl der einst erfolgreiche Leichtathlet, Start und Ziel in die Julius-Leber-Kaserne und die Hauptstrecke durch den benachbarten Volkspark Rehberge zu führen. Erste Kontakte zwischen dem Kommandeur der territorialen Kommandobehörde und Polizeiobererrat Fred Kusserow, Berliner Landespolizeisportbeauftragter, führten schnell zu festen Arbeitsstrukturen: Nach Klärung von Zuständigkeitsmodalitäten stand die Neuauflage Ende Oktober 2005 auf stabilen Füßen.

Für 1.239 laufbegeisterte Lan-

bei den Läuferinnen zu, denn die kleine Favoritinnengruppe lag leistungsdicht beisammen. Schnellste Frau im Ziel war schließlich die Berliner Kriminalkommissarin Kathleen Zimmer

bei der Siegerehrung. Er sieht den Traditionslauf endgültig gerettet: „Eine tolle Neuauflage des traditionellen Dienstsport-Events“.

Neben den Veranstalterme-



„Promi-Talk“ am Startplatz: Polizeivizepräsident Gerd Neubeck, Standortkommandant Berlin, Brigadegeneral Victor von Wilcken, Landespolizeisportbeauftragter Polizeiobererrat Fred Kusserow (v.l.n.r.)



Siegerlächeln mit GdP-Sonderpokalen – v.l.n.r.: Crosslauf-Beauftragter Polizeiinspektor Thomas Schirm, Bereitschaftsführer 2. Bereitschaftspolizeiabteilung Polizeidirektor Marco Langner, Kriminalkommissarin Kathleen Zimmer, Stabsunteroffizier Franek Haschke, Leiter Sportfördergruppe Berlin Stabsfeldwebel Roland Saar, Kasernenoffizier Hauptmann Thomas Otto
Fotos: Volker Schubert

ten Cross-Veranstaltung auf der Kippe. Bereits im Dezember 2004 fiel die Laufveranstaltung erstmalig aus. Hintergrund: Die Oberfinanzdirektion Berlin hatte einen Teil des Unterkunfts-geländes erworben und bei Umbaumaßnahmen war ein geräumiges Zufahrtstor durch eine schmale Fluchttür ersetzt worden. Ein Massenstart aus der Polizeiunterkunft auf die Cross-Strecke im Tegeler Forst war dadurch unmöglich.

Dass der Nikolaus-Cross 2005 schließlich wieder stattfand, ist eigentlich der Initiativschreiben

des- und Bundespolizisten, Luftwaffen-, Sanitätsdienst- und Heeressoldaten und Feuerwehrbeamte, hieß es am 6. Dezember 2005, die besten Crossläufer in 14 Altersklassen zu küren.

Bundeswehr schneller als die Polizei erlaubt

Mit am Start der „Offenen Klasse“ war Stabsunteroffizier Franek Haschke (25), Sportfördergruppe Berlin. Hasche, mehrfacher deutscher Mittelstreckenmeister, brauchte nur 15 Minuten und 23 Sekunden für den 5.000-m-Parcours.

Besonders spannend ging es

mer (32). Mit den größten Reserven toppte sie die Konkurrenz in beachtlichen 21 Minuten und einer Sekunde.

Sichtlich begeistert zeigte sich Polizeidirektor Marco Langner,

dailen spendierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zwei Sonderpokale für die Zeitschnellste und den schnellsten Läufer.

VOS

BILDUNG

Bildungsurlaubsseminare März/April 2006

Drogen – Spielsucht – Psychogruppen: Soziale Probleme des Geschäfts mit der Abhängigkeit (mit Besuch in einem Spielcasino)
Termin: 12. - 17.3.2006
Kostenbeteiligung: 150 Euro

Kostenbeteiligung: 120 Euro mit Kinderbetreuung

Sozialprotest – Fremdenhass – Schuldkomplexe: Was steckt hinter dem heutigen Rechtsextremismus? (mit Besuch der Alten Synagoge in Wuppertal)
Termin: 26. - 31.3.2006
Kostenbeteiligung: 150 Euro mit Kinderbetreuung

(Wie) wirkt „Hartz IV“? – Arbeitslosigkeit, Armut und neue soziale Unterschichten
Termin: 23. - 27.4.2006
Kostenbeteiligung: 120 Euro

Gott und die Welt – Christentum, säkularer Staat und Islam in Deutschland
Termin: 9. - 13.04.2006

Die Anerkennung dieser Seminare nach den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder bzw. nach der Sonderurlaubsverordnung ist beantragt. Anmeldungen an:
DGB-Bildungszentrum, Am Homberg 46-50, 45529 Hattingen
Tel: 023241508-403 oder
Fax: 023241508-430
E-Mail: bildungsurlaub@dgb-bildungswerk.de

Rollstuhlfahrer in Not?

Es war ein kalter Dezemberabend. Nach zahllosen Einsätzen befanden wir uns auf dem Heimweg. Endlich Feierabend! Wir hatten eh schon seit einer halben Stunde Dienstschluss.

Doch was war das? Im Vorbeifahren erkannte ich einen alten Mann im Rollstuhl. Es schneite und ich sah, dass er nur zentimeterweise vorwärts kam. Buchstäblich im Schneckenempo oder auch in Zeitlupe. Ist er krank? Ist er aus einem Heim abgängig? Gar aus dem Krankenhaus abgehauen? Wir befanden uns gerade auf Höhe des Kreiskrankenhauses. Kurzer Hand entschloss ich mich zu wenden und zu dem Mann zu fahren.

Mein Praktikant Thomas stieg aus dem Kombi und fragte den alten Mann, ob wir ihm helfen könnten. Er meinte, dass er in die Kirche wolle. „Sollen wir Sie ein Stück schieben?“ fragte Thomas und der Mann nickte dankbar. „Die Straße runter reicht schon“, meinte er. Thomas schob mit seinem trainierten Körper den Rollstuhl buchstäblich blitzartig die 100 m ans Ende der Straße. „Wo geht es jetzt hin?“ fragte er, worauf der alte Herr meinte, dass er jetzt nur noch links diese Straße runter müsste. „Kein Problem, mach ich jetzt auch noch“. Und so schob Thomas die letzten ca. 300 m den Rollstuhl weiter.

Er schob ihn ziemlich flott, denn ich konnte den Kombi nebenher locker laufen lassen. Wir kamen an eine kleine Fußgängerbrücke. Hier musste er nur noch herüber und stand dann direkt vor der Kirche. Thomas stieg also wieder zu Karsten und mir in den Kombi und erzählte uns jetzt, was ihm der Mann beim Abschied gesagt hatte:

„Vielen Dank, dass sie mich so weit geschoben haben. Das wäre doch gar nicht nötig gewesen. Ich bin extra eine Stunde eher losgegangen um pünktlich in der Kirche zu sein. Jetzt bin ich ja viel zu früh da!“

„Lichtblicke“

In DP 1/06 haben wir Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, doch einmal von den „Lichtblicken“ in ihrem Dienst zu berichten – Episoden oder beeindruckende Erlebnisse aus dem polizeilichen Berufsalltag, der durchaus auch seine positive Seiten hat. Und die sollte man sich hin und wieder mal bewusst machen. Wir sind auf weitere Zuschriften gespannt. Der Einsendeschluss ist bis zum 9. Februar verlängert.

Als Anreiz für die Mühe des Schreibens sind die folgenden Preise ausgesetzt:

1. bis 3. Preis:

Der GdP-Bundesvorsitzende lädt zum geselligen Abendessen mit drei Kolleginnen/Kollegen ein.

4. bis 10. Preis:

Lightpan Professional



11. bis 20. Preis:

Kugelschreiber Saturn



Einsendeschluss:

9. Februar 2006
Die Gewinner geben wir in der März-Ausgabe bekannt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Wir konnten uns vor lauter Lachen kaum noch fangen und fuhren beschwingt dem Feierabend entgegen.

Etwa zwei Wochen später erhielten wir einen Einsatz bei eben diesem Mann. Er wohnt



Schickt eure Zuschriften unter dem
Kennwort Lichtblicke an:

Gewerkschaft der Polizei
Redaktion
DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4
10555 Berlin

oder per **E-Mail:**
gdp-redaktion@gdp-online.de
oder **per Fax:**
(030) 39 99 21 190

unmittelbar neben dem Kreiskrankenhaus und hatte einen behindernden Pkw mitgeteilt. Als er uns sah, bedankten er und seine Frau sich nochmals überschwänglich bei uns.

**Birgit Eberheißinger,
PI Bad Aibling**

Frau tauglich?

Im Februar 1946 gehörte Hamburg noch zur britisch-besetzten Zone. Zu dieser Zeit wollte ich meine Verlobte endlich heiraten. Hierzu bedurfte es allerdings einer Hochzeitsgenehmigung durch den Polizeichef, Bruno Georges. Meine zukünftige Frau wurde also erst einmal amtlich durchleuchtet, ob sie auch ehetauglich ist. Hätte nur noch gefehlt, dass dem Polizeichef das Recht der ersten Nacht zugestanden hätte, wie es früher, zur Zeit der Leibeigenen, üblich war. Ich gehörte damals zu den ersten Nachkriegspolizisten und erinnere mich heute noch gern an dieses Erlebnis.

Otto Schmidt, Hamburg



Stern-Stunde

Eine ältere Dame erschien auf der Dienststelle und gab bei mir eine Anzeige auf. Aus ihrer Wohnung war ein kostbarer Ring entwendet worden. Für die Dame hatte der Ring noch einen besonderen Erinnerungswert. Es war ein Verlobungsgegenstand ihres im Krieg gefallenen Mannes. Sie war sehr traurig und weinte. Am Spätabend konnte ich den Täter ermitteln. Er hatte als Anstreicherlehrling in ihrer Wohnung gearbeitet und im Schlafzimmer den dort abgelegten Ring entwendet. Den Ring hatte er in einer Gaststätte versetzt und damit seine Verlobungsfeier bei der Wirtin bezahlt. Den Ring konnte ich bei der Wirtin sicherstellen. Ich konnte es kaum erwarten, am nächsten Tag die Dame anzurufen, um ihr den Ring zurückzugeben. Sie war überglücklich und umarmte mich. Sie meinte dann im Überschwang ihrer Freude, dass man mich zur Terroristenbekämpfung einsetzen sollte. Dort hätte ich bestimmt Erfolge. Sie wollte unbedingt unserer Dienststelle etwas zukommen lassen. Da ich ihr das nicht ganz abschlagen konnte, schlug ich vor, dass sie uns ei-

nen Weihnachtsstern kaufen möchte, da gerade Vorweihnachtszeit war. Dieser Weihnachtsstern stand dann auf unserem Schreibtisch. Ich denke, dass man so eine verbotene Spende aus dem Weg gehen konnte. Immer wenn ich nach meinem „Größten Erfolg“ gefragt werde, erzähle ich diese Geschichte.

Ewald Wolters, Aachen



Wo wohnt „Rallei“?

Eine Funkstreife des Polizeikommissariats Darmstadt war im Zuständigkeitsbereich unterwegs. Die Dienststelle ruft:

„Darmstadt 20/41 von Darmstadt 2011“ kommen,

„Hier ist Darmstadt 20/41 was liegt vor“

„Darmstadt 20/41 fahren Sie nach Rossdorf zu einem gewissen Siegfried Rallei und fragen Sie den, wann die Motorsportveranstaltung am Sonntag beginnt.“

„Darmstadt 20/41 hat verstanden, wo wohnt der Siegfried Rallei?“

Einen Moment war Ruhe im Funk, man konnte ahnen, dass der Dienstgruppenleiter sich informieren wollte. Dann kam die Antwort:

„Darmstadt 20/41 ich kann hier keine Adresse finden, fahren Sie auf die Bürgermeisterei und lassen sie sich die Anschrift geben.“

Die Streifenbesatzung musste anhalten, weil sonst der Fahrer in den Graben gefahren wäre vor Lachen. Zur Erklärung der Geschichte: Auf dem Tisch des Dienstgruppenleiters lag ein Schreiben des Motorsportvereins Rossdorf. Darin teilten er uns mit, dass am Sonntag die jährliche „Siegfried Rallye“ stattfindet. Diese führt über die Niebelungenstraße von Rossdorf nach Worms. Die Geschichte spielte sich Ende der 60er Jahre ab, da waren bei den älteren Kollegen (Dienstgruppenleiter) so gut wie keine Englischkenntnisse

vorhanden. Die Besatzung des „Darmstadt 20/41“ waren POM Fritz Kress und PM Naar, beides GdP-Mitglieder.

Karl Naar, Mühlthal



Abgedruckt

Es war an einem Donnerstag im Februar 2000. Mein Kollege und ich waren zu diesem Zeitpunkt noch im Polizeirevier Thale tätig. Gleich nach Dienstbeginn fuhren wir zu Ermittlungen ins Stadtgebiet Thale. Das Wetter war schlecht und es regnete. Als wir an einen Bahnübergang kamen sahen wir vor uns einen PKW direkt auf den Bahngleisen stehen. Wir stiegen aus unserem Funkwagen und beeilten uns den kleinen PKW vom besagten Bahngleis zu schieben. Da die junge Frau zwar sichtlich erleichtert war, gleichzeitig aber erschrocken über ihr Missgeschick, verwechselte sie sehr oft Gang und Bremse. Wir und auch die junge Frau mussten darüber sehr herzlich lachen. Es dauerte noch eine ganze Weile bis besagter PKW wieder Ansprang.

Was wir zu diesem Zeitpunkt nicht wussten, das war ein Redakteur einer Tageszeitung diesen ganzen Sachverhalt vor Ort mitbekam und diesen am nächsten in Worte gefasst in der hiesigen Tageszeitung abdruckte. Als wir beide dieses in der Zeitung dann gelesen hatten muss ich ehrlich sagen, beschlich uns ein Gefühl der Zufriedenheit.

Hans-Jürgen Kny, Quedlinburg



Mr. Cool

Nach einem Bundesligaspiel im Weserstadion wollten die Besucher wie üblich auf dem schnellsten Weg den Ort der Veranstaltung verlassen. Die Masse der Zuschauer sorgte für einen erheblichen Rückstau auf den Treppenabgängen.

Witterungsbedingt (Dauerregen) glich das Erdreich neben den Stufen einer Rutschbahn. Besonders ungeduldige Passanten gelangten zu der Überzeugung, dass die Umgehung der Treppen die Wartezeit erheblich verkürzen würde.

Im Sekundentakt „schlitterten“ diese Zuschauer nun – mehr oder weniger elegant – auf den unterschiedlichsten Körperteilen das Gefälle hinunter. Pflichtgemäß versuchten wir die ungeduldigen Besucher zu warnen. Vergeblich!

Es folgte eine unvergessliche Slapstickeinlage: „Mr. Cool“ (Nadelstreifenanzug, heller Trenchcoat, kerzengrader Gang, versteinertes Blick, rechte Hand im Mantel, in der linken Hand ein Brötchen mit Bratwurst). Der Herr rutschte aus. Für einen Moment schwebte er mit weit aufgerissenen Augen waagrecht in der Luft. Vermutlich reflexartig, ballte der Mann seine linke Hand zur Faust. Folglich kapultierte er damit das Würstchen (gleich einer Silvesterrakete) steil in die Luft. Nachdem der Albatross die Bruchlandung unverletzt überstanden hatte, rutschte er rücklings bis zum Zaun.

Sämtliche Kollegen, die das Szenario beobachtet hatten, waren für geraume Zeit handlungsunfähig. Auch wenn es sich für uniformierte Polizeibeamte nicht gehört waren krampfartige Lachanfälle die Folge. Das Ereignis liegt mittlerweile 20 Jahre zurück – noch heute löst die Erinnerung (an den Fauxpas des Fußballfans) bei den ZEITZEUGEN Gelächter aus.

Frei nach dem Slogan:

POLIZEI – VIEL SPASS FÜR WENIG GELD!

Anerkannt

Im Rahmen der Arbeitskampfmaßnahmen wurde in meinem damaligen Abschnitt ein Tunnel von ca. 70 Personen besetzt.

Ich war erst seit 8 Monaten DGL und hatte bis dato mit solchen Lagen nie zu tun gehabt. Unsere Wachstärke betrug 1:3.

Aufgrund der angespannten Einsatzlage standen keine weiteren Kräfte zur Verfügung. Ich hatte Glück und die Situation eskalierte nicht. Trotzdem kam ich zu folgender Überlegung: „Sein Geld kann man sich auch einfacher verdienen. Geht das hier in die Hose, dann bist du der A.....“

Einige Zeit später wurde mir von der entsprechenden Gewerkschaft eine Urkunde für den vorbildlichen Einsatz im Arbeitskampf der Tarifrunde 2002 zugesandt.

Es war lediglich eine nette Geste und eigentlich nichts von Bedeutung. Für mich war es allerdings ein schönes, befriedigendes Gefühl. Es macht einen Stolz, wenn der Bürger unsere Arbeit anerkennt.

Michael Birkhan, Schwanewede



Berater-Ehre

Mit meinen 73 Jahren und 40-jähriger Polizeizugehörigkeit, fühle ich mich nicht als „altes Eisen“.

Wenn ich die Uniform auch abgelegte, lebe ich immer noch unter dem Motto „Einmal Polizist – immer Polizist“.

Dass ich wieder gebraucht werde, zeigt ein Beispiel in der Dessauer PD. Hier startete im Jahr 2005 ein neues Projekt unter dem Motto: „Sicherheitsberater Fünfzig Plus“. Die Polizei-Senioren haben polizeiliche Erfahrungen und können somit in ihrer Umgebung bei der Verhinderung der Kriminalität unter alten Menschen gute Dienste tun. Nun unterstütze ich die Polizei in der Präventions-Arbeit. Wöchentlich schreibe ich für die Dessauer Tagespresse konstruktive Beiträge zur Kriminal- und Verkehrsprävention. Meine Kollegen bezeichnen mich dabei als Einzelkämpfer. Das gibt mir Mut, denn die Anerkennung bei der Bevölkerung bleibt nicht aus. Manchmal frage ich mich dabei: „Bin ich schon eine Beratungsstelle der Polizei.“ Dies ist meine persönliche Freude.

Martin Händler, Dessau

Auf ein Wort

Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,

„Prosit Neujahr“ sagen wir einander am Beginn des Jahres und wir wünschen uns damit alles erdenklich Gute. Begleitet wird dieser Wunsch aber auch mit der Frage: „Was wird das neue Jahr uns bringen?“

Der Jahreswechsel, der jetzt



schon wieder einen Monat hinter uns liegt, ist immer auch Anlass zurückzublicken auf das im alten Jahr Geleistete und Erlebte, und zugleich vorzuschauen auf das vor uns liegende Jahr.

Der Vorstand der Seniorengruppe sah sich im letzten Jahr sehr großen Herausforderungen gegenüber. Hauptanliegen waren die Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die fast jeden von uns betrafen. Nun wäre sicherlich manches erträglicher, wenn man die Hoffnung haben könnte, dass es wenigstens mittelfristig besser wird. Aber es geht weiter: Die Öffentlichen Arbeitgeber planen offenkundig eine grundlegende Abkehr von bewährten sozialstaatlichen Grundsätzen. Das trifft den Tarifbereich ebenso wie den Beamtenbereich.

Diese Themen werden uns auch in diesem Jahr nicht weniger intensiv beschäftigen und mittlerweile ist jedem klar: „Ruhige Zeiten“ wird es wohl nicht mehr geben. Das heißt aber auch, dass sich Rentner und Pensionäre noch enger als bisher zusam-

menschließen müssen, wenn sie nicht ganz und gar unter die Räder kommen wollen.

Rückblick 2005

Für einen kompletten Jahresrückblick reicht hier der Platz nicht. Aber an einige Aktivitäten möchte ich doch erinnern:

Die Seniorenarbeit der GdP war und ist geprägt vom Bestreben, sie flächendeckend und durchgängig von unten nach oben weiterzuentwickeln. Ich glaube, dass wir durch unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr diesem Ziel ein Stück näher gekommen sind. Sicher nicht zuletzt durch das große Engagement und den lobenswerten Einsatz der Seniorenvertreter „vor Ort“. Dafür danke ich allen engagierten Seniorinnen und Senioren persönlich und im Namen des Bundesseniorenvorstandes und wünsche ihnen auch für die kommenden Jahre die Kraft und die Gesundheit, uns weiterhin zu unterstützen.

Denn die Senioren sind ein lebendiges Reservoir für die Arbeit in und für die Gewerkschaft der Polizei. Ohne ihre Mitarbeit in der GdP, aber auch darüber hinaus, wäre unsere Gesellschaft um ein vieles ärmer. Die Seniorinnen und Senioren verfügen über ein breit gefächertes Wissen und einen großen Erfahrungsschatz, auf den wir nicht verzichten können und wollen. Es hat sich also als richtig erwiesen, mit der Gründung der Seniorengruppe ein Forum geschaffen zu haben, das die Möglichkeit bietet, sich aktiv einzubringen.

Seniorenarbeit darf aber nicht allein Aufgabe der Vorstände bleiben, sondern alle sind aufgerufen, sich aktiv einzubringen, damit Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben.

Die gesellschaftliche Debatte um einen defizitären Haushalt, Massenarbeitslosigkeit, Umbau der Sozialsysteme forderten 2005 auch den Bundesvorstand, die

Landesvorstände und die Vorstände der Personengruppen der Gewerkschaft der Polizei heraus. Massive Abwehrmaßnahmen der GdP gegen das Ansinnen der Politik, die Besoldung, Absenkung der Versorgungsbezüge und tief greifende Einschnitte im sozialen Bereich zum Stopfen von Haushaltslöchern zu missbrauchen, waren und sind immer noch an der Tagesordnung.

JUNG und ALT – gemeinsam gegen Sozialabbau

Mitte April 2005 diskutierten JUNGE GRUPPE und SENIOREN in Sprockhövel/NRW das Thema: „Generationenkonflikt“ aus der Sicht der Betroffenen. Das Thema war brisant. „Was ist erforderlich damit die jüngere Generation, wenn sie einst Rentner wird, eine gesicherte Grundlage hat, und die jetzige Pensionäre-/Rentnergeneration nicht zum Sparschwein der Nation wird?“

Der auf dieser Veranstaltung geführte Dialog war freimütig, offen und von gegenseitigem Respekt getragen. Das Engagement der Vorstände der beiden Personengruppen für eine sozialgerechte Reformpolitik wird unterstützt mit dem gemeinsamen Positionspapier „Solidarität zwischen den Generationen“ und „Gemeinsam gegen Sozialabbau“.

Mit den Kolleginnen und Kollegen im aktiven Dienst müssen wir Flagge zeigen für unsere gemeinsame Sache. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die Lebensinteressen der älteren Generation zu vertreten, jedoch im Dialog mit den Jüngeren. Während z. B. die Japaner sich stolz damit brüsten, Japan sei das „Land des langen Lebens“, tun wir uns in unserer Gesellschaft im Umgang mit den Älteren auffallend schwer.

Wir müssen begreifen, dass der demographische Wandel keine Bedrohung, sondern eine Chance ist, die es kreativ zu nutzen gilt.

Wir brauchen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt, in der Gewerkschaft und der Politik das Miteinander der Generationen.

Wir brauchen die spezifische Kompetenz der Älteren, ihr Wissen um soziale Zusammenhänge, ihre Weitsicht und Umsicht beim Lösen von Problemen.

Wir brauchen aber auch die Dynamik und Risikofreude der Jüngeren, die nach Veränderung drängen.

Wir brauchen JUNG und ALT. Dabei sollten wir die steigende Lebenserwartung nicht als Problem, sondern als Geschenk betrachten.

Zu unserer gewerkschaftlichen Arbeit

Wir müssen unsere Mitglieder motivieren, sich „vor Ort“ zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Kritik zu üben ist leicht, aktiv mitwirken kostet Überwindung und erfordert Engagement.

Versuchen wir klar zu machen, wie sehr Abseitsstehen unsere eigene Vertretungsarbeit schwächt.

Machen wir deutlich, was jemandem entgeht, wenn er auf aktuelle Informationen der GdP und auf bereichernde Seminarangebote für Senioren verzichtet.

Wir müssen in Zukunft verstärkt darauf achten und wir müssen uns dafür einsetzen, dass in der politischen Auseinandersetzung um fast täglich wechselnde Konzepte die Interessen unserer Mitglieder – vor allem der Senioren – berücksichtigt werden. Denn nirgendwo kann so schnell und zielgerichtet hingelangt werden wie bei den Staatsbediensteten, insbesondere soweit sie Beamte oder Versorgungsempfänger sind.

Gemeinsam erfolgreich wehren, die eine oder andere Zumutung verhindern – das geht nur, wenn wir solidarisch zusammenstehen.

Gut, dass es sie gibt, die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei

Bis zur nächsten Ausgabe
euer Heinz Blatt,
Vorsitzender Seniorengruppe

Solidarität zwischen den Generationen



Die Arbeitsgruppe „Mentoring-Prozess“ erörterte am 18. Januar in Potsdam, dass es zur Realisierung des Mentoring-Programms eines Pilotprojektes bedarf. Welche Landesbezirke sich daran beteiligen, muss noch entschieden werden. Foto: Behle

Das vom Vorstand der Seniorengruppe erarbeitete Aktivprogramm Senioren, das im Juni 2004 vom Bundesvorstand angenommen und verabschiedet wurde, hat inzwischen ein so positives Echo ausgelöst, dass sich die Geschäftsführenden Vorstände von SENIORENGRUPPE und JUNGE GRUPPE verständigt haben, zur Verbesserung der Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und Mitglieder-

bindung ein „Mentoring-Programm“ durchzuführen. Beide Vorstände sind sich einig, dass mit einer Zusammenarbeit der beiden Personengruppen die Mitgliederbindung verstärkt werden kann.

Was ist zu tun?

Wir sollten den Fokus unseres gewerkschaftlichen Handelns in

Zukunft stärker darauf ausrichten, mit welchen phantasievollen Formen der Solidarität zwischen den Generationen die Brücken zu schlagen sind, die wir für eine positive Entwicklung in unserer Gewerkschaft der Polizei dringend brauchen. Dazu gehört auch das „Mentoring – Lernen am erfolgreichen Vorbild“, das auf der gemeinsamen Sitzung der beiden Geschäftsführenden Vorstände SENIOREN und JUNGE GRUPPE im Juni 2005 in Berlin formuliert wurde.

Mentoring in der Praxis

Die Gewerkschaft der Polizei sollte auf allen Ebenen ein Mentoring „Solidarität zwischen den Generationen“ auf den Weg bringen und dabei die Lebens- und Berufserfahrung der älteren Kolleginnen und Kollegen nutzen. Unter dem Motto: „Alt hilft Jung“ sollen erfahrene Seniorinnen und Senioren den jungen Kolleginnen und Kollegen Zeit widmen und ihnen mit Tipps und praktischen Hilfestellungen zur Seite stehen. Dies gilt insbesondere für die Gewinnung von jüngeren Kolle-

ginnen und Kollegen zur Wahrnehmung von gewerkschaftlichen Funktionen.

„Leitfaden zur Zusammenarbeit“ und „Spielregeln“ diskutiert

Mit Vertretern der Landesbezirke Saarland und Sachsen-Anhalt diskutierte die Arbeitsgruppe „Mentoring-Prozess“ am 18. Januar 2006 in Potsdam die von den Geschäftsführenden Vorständen der beiden Personengruppen erarbeiteten „Spielregeln“ für die Umsetzung des Mentoring-Programms. Ebenso diskutiert wurden „Argumente für den Nutzen eines Mentoring-Projekts für die Gewerkschaft der Polizei“ und „Dauer und Ende einer Mentoring-Partnerschaft“. Einig war man sich darüber, dass die Realisierung dieses Programms eines Pilot-Projekts bedarf.

Hebla

GdP bei 17. Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes

Vom 28. November bis 2. Dezember 2005 fand in Berlin die 17. Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehr Verbandes (DBwV) statt. Die Delegierten mussten über 500 Anträge zum Dienstrecht und zur Satzungsänderung abarbeiten. Vom Arbeitgeber forderte die Hauptversammlung einen Ausgleich für mehr geleisteten Dienst im In- und Ausland. Mit einer eigenen „Besoldungsordnung S“ soll den besonderen Anforderungen an die Einsatzarmee Bundeswehr Rechnung getragen werden.

Den Kürzungsplänen der Bundesregierung beim Weh-

nachts- und Entlassungsgeld traten die Delegierten vehement entgegen. Zur Versorgung verab-

schiedete die Hauptversammlung die Forderung auf Einbeziehung der Soldaten in ein

Versorgungssystem, das an die betriebliche Altersvorsorge angelehnt ist. HJA



Bundessekretär der GdP Hans Adams (l.) und der Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt (r.) waren als Gast bzw. aufgrund des Kooperationsvertrages zwischen GdP und DBwV als Delegierter der 17. Hauptversammlung geladen und gratulierten Oberst Bernhard Gertz (2. v. r.) sowie Horst Rieß zur Wiederwahl als Vorsitzender des DBwV bzw. als Beisitzer für Ehemalige, Reservisten und Hinterbliebene im Bundesvorstand. Foto: DBwV



Kriminaltechnik

Die im Lehr- und Studienbrief Nr. 2 „Kriminaltechnik I“ behandelten Grundlagen der Kriminaltechnik, Begriffe und Definitionen, Spurensuche und -sicherung, Ab- und Eindrucksuren sowie Materialspuren, werden mit diesem Band 3 „Kriminaltechnik II“ ergänzt.

Hier werden bearbeitet: Rauschmittel, Mineralöle, Gifte, Schusswaffen, Schriften, Urkunden, Ausweise, Brand, Explosion, Kfz-Identifizierung, Verkehrsunfall, Gerüche, Stimmen/Sprache, Leichen und Fangmittel.

Auch mit diesem Band sollen die Ausbildung, die Fortbildung und die Praxis unterstützt werden. Neben einem besonders verständlichen Text werden viele Bereiche durch zahlreiche Abbildungen ergänzt.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Band 3: Kriminaltechnik II, Robert Weihmann, 1. Auflage 2005, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 110 Seiten, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr., im Einzelbezug, ISBN 3-8011-0516-4



Polizeirelevante Grundrechte

Grundlegende Kenntnisse im Verfassungsrecht sind für Polizeibeamte unverzichtbar. Führungskräfte müssen darüber hinaus nicht nur die Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts kennen, sondern auch die zu Grunde liegenden Erwägungen und Begründungen. Das

Lehrbuch für Polizeibeamte in der Ausbildung zum gehobenen und höheren Dienst ist nach didaktischen Gesichtspunkten gegliedert.

Aus dem Inhalt:

- Allgemeine Grundrechtslehre
- Fallbearbeitung im Staats- und Verfassungsrecht, die am Prüfungsschema für Grundrechtsfälle erläutert wird
- Darstellung der einzelnen Grundrechte – von der Menschenwürde bis zum Petitionsrecht – ebenfalls nach dem Prüfungsschema aufgebaut
- Leicht abgewandelter Originalsachverhalt, der Bewerbern der Laufbahnausbildung zum gehobenen Polizeidienst als Prüfungsfall vorlag.

Im 3. Teil der Neuauflage haben die Autoren die Ausführungen zu Artikel 6 Grundgesetz „Versammlungsfreiheit“ sowie zu Artikel 13 „Unverletzlichkeit der Wohnung“ ergänzt.

Polizeirelevante Grundrechte – Anleitung für Studium und Ausbildung, von Ronald Herrmann, Gerd Lang und Andreas Schneider, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 2. aktualisierte Auflage, 254 Seiten, 26,50 Euro, ISBN 3-415-03290-6



Deutschland in der Sicherheitskrise

Noch nie war das Bedürfnis nach Sicherheit in Deutschland so groß wie in den letzten Jahren. Auf wirtschaftlicher und politischer Ebene wird manches getan, um der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Doch wie sicher leben wir wirklich?

Unsere Gesellschaft wird zunehmend von modernen Informationstechnologien und Automatisierungen beherrscht. Aber ist diese Entwicklung wirklich so risikofrei, wie unterstellt wird? Ist die

Gentechnologie so sicher, wie es behauptet wird? Wird sich der Ausstieg aus der Kernenergie tatsächlich risikomindernd auswirken? Welchen außergewöhnlichen Belastungen halten die industriellen Sicherheitssysteme stand? Welche Auswirkungen hat die zunehmende Amerikanisierung und die Antiterrorpolitik auf Deutschland? Prof. Dr. Sylvius Hartwig betrachtet verschiedene Bereiche des alltäglichen Lebens aus dem Blickwinkel des Sicherheitswissenschaftlers und gelangt zu erstaunlichen, teilweise erschreckenden Erkenntnissen.

Eine Nation im freien Fall – Deutschland in der Sicherheitskrise, Sylvius Hartwig, Verlag Dr. Bussert & Stadeler, 264 Seiten, Hardcover, gebunden, 17,90 Euro, ISBN 3-932906-55-1



Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht

Das Werk vermittelt ein solides Grundlagenverständnis und vertiefende Kenntnisse zur Problembewältigung, so wie sie an den Fachhochschulen und im praktischen Polizeidienst gefordert werden.

Zahlreiche Urteile der OLG- und BGH-Rechtsprechung sind zur Vertiefung, Klarstellung und Lösung rechtsproblematischer Fragen eingearbeitet worden. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug. Verweisungen innerhalb des Buches gewährleisten eine komplexe Erarbeitung einzelner Themen sowie die gezielte Wiederholung angrenzender Stoffes. Zahlreiche ergänzende Exkurse sichern in diesem Sinne das Verständnis für wichtige Rechtsgebiete des bür-

gerlichen Rechts und des Polizeirechts. Falllösungen zu allen klausurrelevanten Themen ermöglichen die notwendige Kontrolle des Erlernten.

Inhalt und Methodik ermöglichen Lehrern und Lernenden ein kontinuierliches Arbeiten während der gesamten Ausbildung.

Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht, Lehr- und Arbeitsbuch in praxisbezogener Darstellung, Wolfram Lübckemann, 650 Seiten, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH 2005, DIN A 5 Broschur, 31,50 Euro, ISBN 3-8011-0509-1



Menschen gerettet

Manfred Winkler bewahrte an einem Tag acht Menschen vor dem Ertrinken und wurde dafür 2003 „Mensch des Jahres“. Mit dieser außergewöhnlichen Geschichte kommt er in diesem Buch zu Wort.

In dem Interview berichtet er von anderen dramatischen Rettungen. Er erzählt über seine Begeisterung für das Meer und der Leser erhält einen genauen Einblick in den Medientrübels mit den vielen Prominenten, in dem er zum Teil nur noch als Sendeobjekt benutzt wurde.

Das Buch soll allen Rettern und Helfern gewidmet sein, besonders denen, die ihre Arbeit ganz still und selbstverständlich als ihre Verantwortung sehen.

Sie verdienen unsere Anerkennung. Jeden Tag.

SeaSeals – Er rettete acht Menschen an einem Tag, Lea Konrad, Büro + Service Rostock, 136 Seiten 10,40 Euro, ISBN 3-89954-165-0 Ein Euro pro Buch geht als Spende an die DLRG.